

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1912**

222 (23.9.1912)

# VOLKSFREUND

## Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

**Ausgabe** täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.  
**Abonnementspreis:** Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Plagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk. vierteljährlich

**Redaktion:** Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481  
 Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr.  
**Expedition:** Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128  
 Postfach-Conto Nr. 2650

**Inserate:** die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

**Druck und Verlag:** Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.  
**Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad.** Hermann Kabel;  
**Politik, Aus der Partei, Gemeinlichliches, Was vom Tage und Letzte Nachrichten:** Hermann Kabel;  
**für den übrigen Inhalt:** Hermann Winter; beide in Karlsruhe.  
 Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

### Der deutsche Parteitag.

C. B. Chemnitz, den 20. September.

**Präsident** eröffnet die Sitzung.  
Das Schlusswort zum Bericht der Reichstagsfraktion erhält

**Stadthagen:** Zu der Frage der Doppelkandidaturen hat die Beschlüsse der Parteitage und der Reichstagsfraktion über die Teilnahme an hiesigen Kundgebungen entspricht. Eine besondere Stellungnahme bloß wegen der Berufung des Prof. Stahl auf die Stimmung des Volkes ist ganz überflüssig. Die Stimmung des Volkes muß Prof. Stahl nach der Stellungnahme des Mannheimer Parteitages ohnehin kennen.

Die Aussprache über die sog. Sonderkonferenzen hat das erfreuliche Ergebnis gehabt, daß niemand behauptet hat, daß die Eisenacher Konferenz anders verlaufen ist, als Hoch es dargestellt hat. Die vollständige Verzerrung des Tatbestandes durch das Magdeburger Blatt ist richtig gestellt worden. Es ist allgemein ausgesprochen worden, daß selbstverständlich solche Konferenzen niemals die Beschlüsse von Organisationen ersetzen und auf Verschleierung der Partei hinwirken. Ebenso erfreulich ist, daß gestern festgelegt ist, daß unerbittliche Ausreden unter Umständen notwendig sind. Da über die Resolution Sandermann nur Bebel gesprochen hat, müssen wir seine Ausführungen als Grundlage der Auslegung dieser Resolution nehmen. Er hat ausdrücklich betont, es sei unmöglich, ein Verbot der Sonderkonferenzen auszusprechen. Es erhebt sich sonst sofort die Frage: wann bezeichnet man eine Zusammenkunft als Sonderkonferenz? Mit Recht ist gestern schon betont worden, die „Soz. Monatshefte“ seien eine Art schriftliche Sonderkonferenz (Sachen). Ebenso konnte man jeden See- oder Bierabend als Sonderkonferenz hinstellen. Andererseits ist es ganz selbstverständlich, daß wenn befreundete Genossen zusammen kommen, sie sich auch über Parteiangelegenheiten unterhalten. Es ist z. B. unmöglich, zu verbieten, daß Diskutierabende stattfinden. Nur dürfen solche Zusammenkünfte nicht in das Recht der Organisationen eingreifen und dürfen nur dazu dienen, die Einheit der Partei zu fördern. Sie müssen unerbittliche Ausreden bleiben. Daher ist es am besten, daß wie es der Antrag Sandermann will, über alle Anträge zur Tagesordnung übergegangen wird. Bebel hat in seiner Begründung des Antrags Sandermann ausdrücklich ausgeführt, man könne unmöglich Sonderkonferenzen verbieten. Mit Rücksicht darauf haben die Antragsteller des Antrags auf Ablehnung der Anträge gegen die Sonderkonferenzen ihren Antrag zurückgezogen. Also es sollen Sonderkonferenzen nur dann zugelassen sein, wenn sie im Interesse der Einheit der Partei von den betreffenden Teilnehmern für notwendig gehalten werden. Ein weiteres Verbot von Bierabenden und ähnlichem würde den Parteigenossen eine Schweregepflicht auferlegen, die geradezu unzumutbar wäre. — Zu der tatsächlichen Lage im Reichstag nur ein Wort. In der vorigen Session hatte die Linke nur zwei Mitglieder mehr, während die Linke der Fraktion 60, die Rechte einige 30 Mitglieder zählt. Das nur zur Steuer der Wahrheit.

Ich bitte Sie also, die Resolution Sandermann anzunehmen. Sollten Sie allerdings der Ansicht sein, daß die Resolution eine Art Verbot der Sonderkonferenzen ausspricht, obgleich das in ihr nicht gesagt ist, so möchte ich Sie dringend bitten, alle Anträge abzulehnen. Klar ergibt sich aus der gestrigen Debatte, daß der Parteitag gegen Konventikel ist, die nur aus parteischädigender Eitelkeitsmacherei entspringen. — Redner geht des weiteren auf einige an die Fraktion gerichtete Wünsche ein und schließt mit der Aufforderung, in der Agitation nicht zu erlahmen und so die Macht der Sozialdemokratie und damit auch ihrer parlamentarischen Vertretungen zu stärken. (Beifall.)

**Worf. Haase** verliest im Hinblick auf die Ausführungen Stadthagens im Schlusswort über die Aeußerungen Bebels zur Frage der Sonderkonferenzen Bebels Ausführungen im Wortlaut (vergl. den gestrigen Bericht).

**Sandermann-Dresden:** Der Zweck der Antragsteller war, Sonderkonferenzen zu verbieten. Das ist umso mehr notwendig, als sonst das Beispiel, das oben gegeben wird, auch Eingang findet in die Bezirks- und Wahlkreisorganisationen. (Sehr wahr!)

**Stadthagen und Ledebour** beantragen, im Hinblick auf die Erklärung Sandermanns die Debatte als wieder eröffnet zu erklären. (Zustimmung und Widerspruch.)

**Hoch:** Wir haben unsere Resolution zurückgezogen zugunsten des Antrags Sandermann, weil dieser nach Bebels Ausführungen ein Appell an die Genossen sein sollte, nicht weiter zu gehen mit Konferenzen, als es im Interesse der Einheit und Geschlossenheit der Partei geboten ist. Was Sandermann heute sagte, hätte er gestern ausführen müssen.

**Worf. Haase:** Für die Auslegung des Antrags Sandermann kann nur sein Wortlaut in Betracht kommen und das, was in der Debatte über ihn gesagt worden ist. (Sehr richtig!)

**Dr. Frank-Mannheim:** Sandermann hat zweifellos das Recht, im Namen der Antragsteller das zum Ausdruck zu bringen, was der Antrag beabsichtigt; wenn der Berichterstatter in seinem Schlusswort nach Ansicht des Antragstellers ihnen durch Interpretationskunststücke andere Absichten untergelegt hat. (Sehr richtig!) Stadthagen hat in seinem Schlusswort Nachdruck darauf gelegt, daß zur Tagesordnung über die anderen Anträge, die Sonderkonferenzen verurteilen, übergegangen werden soll, während der Antragsteller es vor allem darauf ankommt, eine Willensbindung des Parteitages zustande zu bringen, die den dringenden Wunsch äußert, daß die Sonderkonferenzen aufhören sollen. Damit hat auch Wurm gestern die Zurückziehung des Antrags begründet. Es heißt der Partei einen solchen Dienst erweisen, wenn man im Moment, wo wir den Willen zur Einheit bekunden wollen, gleich hinter die Türen öffnet, um Sonderkonferenzen wieder zu ermöglichen. (Lebh. Sehr richtig!)

**Mollenhuth** betont, daß nur der Wortlaut und die Begründung Bebels für den Sinn des Antrags Sandermann maßgebend sein könnten, aber nicht das, was nachher versucht worden sei, in ihn hineinzulegen.

**Stadthagen** bestreitet, dem Antrag einen andern Sinn untergelegt zu haben; er habe auch nur gebeten, ihm im Sinne der Ausführungen Bebels zuzustimmen.

In der Abstimmung wird der Antrag Sandermann mit überreicher Mehrheit angenommen. Dagegen stimmen 5 Delegierte, darunter Ledebour (Heiterkeit). In der Angelegenheit Landsherg wird der Antrag Kummel angenommen. Einige andere Anträge werden der Fraktion überwiesen. Angenommen wird der Antrag gegen die Todesstrafe.

### Imperialismus.

**Berichterstatter Haase:** Das Schlagwort Imperialismus ist heute eines der häufigsten. Zum Teil versteht man darunter ein Reich, das so ausgedehnt ist, daß es alle Noh- und Industrieerzeugnisse, die es braucht, selbst produzieren kann. Das sind Phantasieprodukte. In England versteht Chamberlain unter Imperialismus den Zusammenschluß aller zum englischen Reich gehörigen Teile zu einem wirtschaftlichen und politischen Ganzen. Dieser Imperialismus Chamberlains ist gefeilter. Heute versteht man unter Imperialismus das Streben nach Gewinnung neuer Macht- und Einflußsphären in anderen Ländern, nach Hinausdrängung der eigenen Staatsgrenzen und Angliederung von Teilen anderer Länder. Dieser Imperialismus entspringt aus der ökonomischen Struktur der großkapitalistischen Staaten. Der Weltverkehr ist in einer rapide steigenden Entwicklung begriffen; ich erinnere nur an die Vagabondbahn, den Panamakanal. Während so alles darnach strebt, sich auszudehnen — Cecil Rhodes hat das Wort geprägt: Ausdehnung ist alles — da erheben sich in Deutschland diejenigen, die heute den Imperialismus der Schwerindustrie und des Finanzkapitals ganz besonders befürworten, unsere Agrarier, und bekommen einen Schreck bei dem Gedanken, daß der Imperialismus, den sie ganz anders ausgelegt haben, dahin führen könnte, daß aus fremden Ländern nach Deutschland Getreide, Nahrungsmittel eingeführt werden und damit der bestehende Notstand gemildert werden könnte. — Durch den Imperialismus werden die rückständigsten Länder hineingezogen in die industrielle Entwicklung. Bei diesen Ausdehnungsbestrebungen schreitet der Kapitalismus vor den drücktesten Gewaltmitteln nicht zurück, wie die Kolonialregel in Peru aufs neue bewiesen haben. Das Symbol unserer imperialistischen Politik ist die gepanzerte Faust geworden. Aber nicht absolutistische Reigungen des deutschen Kaisers etwa sind die Ursachen des Imperialismus, sondern dahinter stehen ökonomische Ursachen, eine neue Phase des Kapitalismus. Wenn die Staaten aber ihr Streben, sich auszudehnen, mit Erfolg betätigen wollen, sind sie gezwungen, ihre Macht zu stärken. Daraus entspringen die immer vermehrten Seeres- und Flottenrüstungen. Der Kampf gegen dies Weltreich ist naturgemäß ein sehr schwerer, aber er ist nicht aussichtslos. (Sehr richtig!) Hat doch selbst die englische Regierung den Versuch gemacht, zu einer Verständigung mit Deutschland über die Herabsetzung der Rüstungen zu kommen. Das beweist klar, daß diese immer weitergehenden Rüstungen nicht eine Lebensfrage der Nationen sind. Die Frage zu entscheiden, in welcher Form die Rüstungsbeschränkung erfolgen kann, können wir den Regierungen überlassen. Jedenfalls war unser Antrag auf Abrüstung durchaus richtig und das Volk hat ihn verstanden. (Lebh. Zustimmung.) Eine solche Verständigung muß um so eher möglich sein, als zwischen den großen Kapitalmagnaten eine internationale Solidarität besteht. Das Marokkoabkommen war vor den diplomatischen Abmachungen bereits festgelegt durch die Großkapitalisten Krupp und Cressat. Und neben dieser Solidarität des internationalen Kapitals steht die viel fester verankerte Solidarität der internationalen verbrüderten Arbeiter. (Lebh. Beifall.) Der Weltfrieden ist das Ideal der Proletarier aller Länder. (Erneuter lebh. Beifall.) Wir haben um so mehr Anlaß, den Imperialismus zu bekämpfen, als dieser Imperialismus immer mehr Macht verleiht den industriellen Scharfmachern, die unsere böstlichsten Feinde sind. In ihrem Interesse liegt auch das Zollschußsystem, das zur Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiter führt. Unsere Aufgabe gegenüber all diesen Bestrebungen muß es sein, die internationalen Beziehungen der Arbeiter zu pflegen und ihre politischen und anderen Organisationen auszubauen. Durch den Imperialismus wird der Kapitalismus zur höchsten

Stufenleiter entwickelt. Es ist dann diese Wirtschaftsweise reif, einer anderen Platz zu machen, der sozialistischen. Das Proletariat ist als Erbe des Kapitalismus berufen und es wird die Erbschaft antreten in dem sicheren Gefühl, daß auf dem Boden der sozialistischen Gesellschaft unter dem Banner des herangereiften, aufwärts gestiegenen Proletariats gedeihen werden Frieden, Freiheit, Selbständigkeit und Wohlstand aller Völker. (Stürmischer Beifall.)

### Gur Debatte steht nachstehende Resolution Haase:

Die unter Verkümmern der Lebenshaltung des ausgebeuteten Proletariats gewaltig entwickelte Produktion treibt zur Erweiterung der Märkte, die riesige Anhäufung des Kapitals drängt nach neuen Anlagegebieten und Verwertungsmöglichkeiten.

Mit der zunehmenden Ausfuhr von Waren und Kapital, von Produktion und Transportmitteln wird der Weltverkehr immer mehr gesteigert und die Weltwirtschaft ausgedehnt. Die durch das Schutzollsystem mächtig gewordenen Organisationen der Unternehmer, Kartelle und Trusts, die das Wirtschaftsleben in steigendem Maße beherrschen, nutzen ihren Einfluß auf die Regierung ihres Staates aus, um die staatlichen Machtmittel ihren Expansionsbestrebungen dienbar zu machen, von dem Wirtschaftskreis der Welt große Teile ihrer Einfluß- und Machtphäre zu unterwerfen und fremde Konkurrenten auszuschließen. Zu diesem Zwecke ist die druckvollste Gewalt willkommen, wenn sie Erfolg verspricht. Eine skrupellose Raub- und Eroberungspolitik, deren volkstümlicher Charakter bereits der Parteitag in Mainz im Jahre 1900 gebrandmarkt hat, ist die Folge dieser imperialistischen Ausdehnungsbestrebungen. Um Verheerungen durchzuführen und den Raub in Sicherheit zu bringen, werden die Nordwestwege in unerhörter Weise vermehrt und vervollkommen.

Zwischen den Staaten, deren Kapitalistenklasse dasselbe Expansionsbedürfnis hat und zu seiner Befriedigung dasselbe Ziel verfolgt, entstehen schwere Verwicklungen und scharfe Gegensätze, die wiederum den Antrieb für bis zum Weltkrieg vermehrte und verstärkte Rüstungen geben.

Die dadurch erzeugte Gefahr eines verheerenden Weltkrieges wird noch verschärft durch die schonlose Hez der Kapitalmagnaten und Junker, die an der Lieferung von Kriegsmaterial, an der Vergrößerung des Wehrapparates und der leitenden Stellen in Heer und Marine besonderes Interesse haben.

Der Imperialismus stärkt die Macht der Scharfmacher, gefährdet das Koalitionsrecht und hemmt die Fortentwicklung der Sozialpolitik. Die Rüstungsausgaben burden den Massen des Volkes unerträgliche Lasten auf, während die Leuerung aller Lebensmittel ihre Gesundheit untergräbt.

Die bürgerlichen Parteien sind durchweg in den Bann des Imperialismus geraten, sie bewilligen widerstandslos alle Forderungen für Heer und Marine. Die Sozialdemokratie bekämpft auf das nachdrücklichste imperialistische und chauvinistische Bestrebungen, wo immer sie sich zeigen mögen, pflegt dagegen mit aller Entschiedenheit die internationale Solidarität des Proletariats, das nichts feindselige Gesühle gegen ein anderes Volk hegt.

Wenn auch der Imperialismus, der ein Ausfluß der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, nur mit dieser vollständig überwunden werden kann, so darf doch nichts unterlassen werden, um seine gemeingefährlichen Wirkungen zu mildern.

Der Parteitag befundet den entschlossenen Willen, alles aufzubieten, um eine Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen und den Frieden zu hüten.

Der Parteitag verlangt, daß im Wege internationaler Vereinbarungen dem Weltkriege ein Ende gemacht wird, das den Frieden bedroht und die Menschheit einer furchtbaren Katastrophe entgegenreibt.

Der Parteitag fordert an Stelle heutiger Eroberungspolitik die Freiheit des Weltverkehrs und die Befreiung des nur der Bereicherung von Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzern dienenden Schutzollsystems.

Der Parteitag erwartet, daß die Parteigenossen ihre ganze Kraft unermüdet für den Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation des Klassenbewußten Proletariats einbringen werden, um mit verstärkter Wucht den gewalttätigen Imperialismus zu bekämpfen, bis er niedergeworfen ist. Ist es doch die Aufgabe des Proletariats, den auf die höchste Stufenleiter gebrachten Kapitalismus in die sozialistische Gesellschaft überzuführen und so den Frieden, die Selbständigkeit und die Freiheit der Völker dauernd zu sichern.

**Leusch-Weipzig** wünscht, daß solche Resolutionen, wie die zur Frage des Imperialismus, schon vier bis sechs Wochen vor dem Parteitag vorgelegt werden, damit eine ausführliche Debatte in der Parteipresse ermöglicht wird und dauert, daß Rosa Luxemburg und Kautsky durch Krankheit an der Teilnahme an dieser Debatte verhindert sind. Wir stehen heute erst am Anfang der Debatte über den Imperialismus. Das Hauptbedenken habe ich gegen den Passus über die Abrüstungsfrage. Ein vorübergehendes Abkommen zweier Staaten über Rüstungspolitik halte ich für durchaus möglich; für eine Utopie aber eine allgemeine Verständigung über eine allgemeine Abrüstung. Wie ist es denn zu der allgemeinen Abrüstung gekommen? Liegt etwa hier ein Fehler der Weltgeschichte vor und sind wir berufen, gewissermaßen die Seite der Weltgeschichte zu korrigieren, ihre Fehler rot anzutrichen und zu sagen, wir erwarten in Zukunft bessere Leistungen. (Heiterkeit.) Haase hat ja selbst nachgewiesen, daß das allgemeine Weltkriege eine notwendige Begleiterscheinung der interna-

sen  
 in Wolle  
 25 8,50  
 in Barchend  
 25 3,50  
 farbige  
 75 7,50  
 marineblau  
 6,50  
 züge  
 Prinz Heinrich  
 75 8,50  
 züge  
 blau  
 50 11,—  
 etots  
 rino  
 25 12,—  
 ttel  
 rungen  
 75 6,—

tl. Waren  
 sind  
 Lichthof  
 sgelegt.

TM  
 post.  
 4. Sept. 1912.

chtet  
 Theater Berlin.  
 Eine sehr in-  
 Daniels' als aus-  
 können.  
 Szene, gespielt  
 nisches, spannen-  
 Wochenbericht,  
 esse, gespielt von  
 st. Drama aus  
 1909

er letzten  
 ener Lose  
 chung, ferner Frank  
 te Kreuz à 1,—  
 r à 1,10, 11  
 abener à 50 Pfg.  
 50, empfohlen nach  
 1909

er Görhinger  
 D., Kaiserstr. 60.

E. V.  
 en 22. September  
 serem Platze:  
 3. u. 4. Mannschaf  
 Mannschaft gegen  
 Etlingen 1.  
 haft in Etlingen.  
 ranzeige.  
 en 29. September  
 attenspiel Klasse A  
 hausen 1893  
 Frankonia 1.

ucht sanfter  
 Mädchen, welche  
 Arbeit geht.  
 30 an die Expedition  
 erbeten.

nalen wirtschaftlichen Konkurrenz der Völker sei. Das ist auch bisher stets die Ansicht der Sozialdemokratie gewesen. Nun sagt man, es seien Gegentendenzen vorhanden, die wir unterstützen sollen. Davon steht aber in der Resolution nichts. Und in der Tat sind wir selbst die wirklichen revolutionären Gegentendenzen zum Imperialismus. Die Vorschläge der englischen Regierung auf Einschränkung der Rüstungen erklären sich aus den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Sie ist in der Situation des Rentiers begründet, der nur den Wunsch hat: ach, wenn es doch immer so bliebe. Die englische Bourgeoisie will die kapitalistische Entwicklung an den Hochschulen pöden und zurückdrängen, während wir sie von vorn angreifen und über sich selbst hinaustreiben wollen. Wir als Vertreter des internationalen Proletariats haben keinen Anlaß, für die Berechtigung der Suprematie Englands mit seiner Gewalt einzutreten. Der Weg, den der Kapitalismus hier wie überall geht, ist uns zwar äußerst unympathisch, er geht über Blut und Leiden, aber er mündet doch schließlich ein in den Sozialismus. (Die Redezeit wird auf eine halbe Stunde verlängert.) Am letzten Ende muß der Kapitalismus doch für uns arbeiten, selbst durch das Betrüsten. Er schafft damit die Voraussetzungen für unsere Witz, die Abrüstung würde zum Praetorianertum führen. So oder so, das Reich muß uns doch bleiben. Wir haben auch dem Imperialismus gegenüber nur die eine Aufgabe, zu agitieren und zu organisieren. Er wird große Massenkämpfe und Konflikte heraufbeschwören, die die höchste Einsicht von den Parteigenossen verlangen. Darauf gilt es, uns zu rüsten. Bauen wir unsere Organisationen aus, denn bereit sein ist alles. (Lebh. Beifall.)

**Eduard Bernstein:** Es liegt mir daran, daß die Resolution Gasse nicht nur angenommen, sondern als besonders einflussreiche Kundgebung der deutschen Sozialdemokratie, also möglichst einstimmig angenommen wird. Als ich im Reichstag einmal eine Flottenvorlage bekämpfte, sagte ein sehr sympathischer Führer der Freisinnigen, Gothein: Was Bernstein gesagt hat, unterschreibe ich Wort für Wort, aber wir bewilligen die neuen Schiffe, weil wir sie für notwendig halten. Ist denn nicht die Rüstungsvermehrung eine politische Notwendigkeit, muß die Expansion wirklich zum Betrüsten führen? Ich meine nicht, die Streitigkeiten der Völker können anders geschlichtet werden als durch die Rüstungen, durch Schiedsgerichte. Das einzige, was ich in der Resolution Gasse vermisst habe, ist der Hinweis auf die Schiedsgerichte. Aber hoffentlich wird die Rede Gasses als Probeart vertrieben, damit sie Gemeingut aller Genossen wird. Wir haben heute Proteste gegen das Kriegsbetreiben und gegen die Schutzpolizei einzulegen und die internationale Solidarität der Arbeiter und des größten Teils der Bürger an der Erhaltung des Friedens zu betonen. Wir haben für den Frieden zu manifestieren. Lench muß ich in diesem entchieden widersprechen. Er hatte unrecht, die Abrüstungsvorschläge in England ausschließlich auf egoistische Interessen der Bourgeoisie zurückzuführen. Campbell-Bannermann hat sofort nach seinem Regierungsantritt die Abrüstung betrieben, derselbe Mann, der sich gegen den Burenkrieg erklärt hat. Auch Goldon hat viel internationaler gedacht, als es Lench dargestellt hat. Deutschlands Industrie hat sich glänzend entwickelt, ehe wir Kolonien hatten, ehe wir die Flotte so vermehrt hatten. Die Abrüstung ist keine Utopie; wir können auch ohne die Ueberspannung der kapitalistischen Entwicklung zum Zweck der Förderung der Kultur. Wir halten das Wort hoch, das das Zentrum vertrat hat: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Das wollen wir erreichen durch internationale Verständigung der Völker, durch Abrüstung. Die deutsche Arbeiterschaft wird alle Kräfte für die Erhaltung des Friedens einsetzen. (Lebh. Beifall.)

**Bannemann:** Wir betrachten den Imperialismus als eine unvermeidliche Konsequenz des Kapitalismus; die ganze Bourgeoisie tritt für diese Politik ein. Es ist nur eine Interessenspolitik für die Großkapitalisten, aber im übrigen eine Ideologie der ganzen Bourgeoisie, die eben notwendig aus den ökonomischen Verhältnissen stammt. Es wäre ganz unmarxistisch, anders zu denken. Aus diesem Grunde halten wir es für utopisch, eine Ueber des Kapitalismus von diesem Wege zu erwarten. In Bezug auf den Abrüstungsvorschlag der englischen Regierung kann ich Lench nur zustimmen. England hat bei dem Betrüsten nur zu verlieren. (Bernstein: Obrecht noch mehr!) Wir betonen die Unvermeidlichkeit des Imperialismus nur, um darnach unsern Kampf gegen ihn einzurichten. Man sagt nun, sollen wir die Massen einfach verströben auf den Zukunftsstaat? Nein, wir sollen den Kampf für den Sozialismus ständig weiterführen. Wir müssen die Masse revolutionieren, um sie für immer stärkere Massenkämpfe bereit zu machen. In diesen Massenkämpfen vereinigt sich der Kampf für Augenblicksziele — ich erinnere an

die Aktionen gegen die Teuerung — wie der Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus. (Bravo!) Die Mittagspause tritt ein.

**Nachmittagsitzung.**

Die Debatte über den Imperialismus wird fortgesetzt.

**Grumbach-Kolmar:** Die Debatte ist interessant, aber rein theoretisch. Ich meine, wir haben alle Tendenzen für den Frieden zu unterstützen. Die internationale verbrüderete Arbeiterschaft ist das stärkste Bollwerk für den Frieden, ihre Kraft hat sogar den Glauben an die Macht des Militarismus soweit erschüttert, daß die Herrschenden nicht mehr ganz sicher sind, ob er ganz in ihrem Sinne funktionieren wird. Das international inoffizielle Kapital fördert auch das Bedürfnis nach Frieden. Auch das Finanzkapital hat kein Interesse am Betrüsten, höchstens das Kapital, das in der Kriegsindustrie steckt in dieser Beziehung hat Bannemann vollständig unrecht. Das Betrüsten ist nicht unvermeidlich, es ist keine Naturnotwendigkeit. Wir können es bekämpfen, ohne als Ideologen zu erscheinen. Praktisch wäre für die deutsche Sozialdemokratie die Befolgung des Standpunktes von Bannemann und Lench eine Unmöglichkeit. Wir können die Abrüstung nicht fallen lassen, wir würden der Internationalität damit wie uns einen sehr schlechten Dienst leisten. (Beifall.)

**Dr. Karl Liebknecht:** Zwischen Kautsky einerseits und Lench und Bannemann besteht ein Gegensatz, aber er ist nicht so tragisch zu nehmen. Lench und Bannemann haben den marxistischen Gedankengang nicht zu Ende gedacht, sondern sind auf halbem Wege stehen geblieben. Alle diese Fragen sind schon auf zwei internationalen Jugendkongressen eingehend besprochen worden. Der Imperialismus ist ein kapitalistisches Geschäft und unsere Tätigkeit erhöht für die Kapitalisten das Risiko einer kriegerischen Bewildung derart, daß sie sich scheuen, den internationalen Konkurrenzkampf durch einen Krieg zu unterstützen. Mit dieser unserer Verhinderungspolitik geben wir nicht einen einzigen Margittischen Grund auf. Das beste Mittel für den Frieden ist unser Klassenkampf und wir haben heute nur nötig, von neuem eine laute Manifestation für die internationale Solidarität zu veranstalten. Wir Arbeiter aller Länder, wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. (Lebh. Beifall.)

**Göhen-Leipzig:** Die Idee der allgemeinen Abrüstung war früher in der Internationale nicht vertreten. Auch Bebel hat noch vor kurzem gesagt: Nicht Abrüstung lautet die Parole, sondern Aufrüstung. Wenn England und Deutschland sich zu verständigen suchen, dann doch nur, um desto eher in der Lage zu sein, gemeinsam andere Konkurrenten auszuscheiden, wozu nur der Keim zu noch größeren Katastrophen liegt. Auch Schiedsgerichte werden einen Weltkrieg nicht verhindern können. Gasse hat seinen Beweis für seine Behauptung angeführt, daß in unserer Bewegung Gegentendenzen liegen, die einen Weltkrieg verhindern.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

**Dr. Quessel-Darmstadt:** Ich habe das gewiß seltene Vergnügen, hier meine Leberentzündung mit Lench und Bannemann insofern auszudrücken, als auch ich meine, daß das, was heute zu dem Problem des Imperialismus gesagt worden ist, nur der Anfang dieser Diskussion sein kann. Ich verweise in der Resolution das Verlangen der handelspolitischen Gleichberechtigung Deutschlands in der Welt, eine Forderung, die Bebel auf einem früheren Parteitag unter dessen stürmischen Beifall aufgestellt hat. Die Statistik beweist, daß die „offene Tür“ allein das nicht leistet, was man von ihr erwartet hat. Trotz der offenen Tür können wir z. B. in Britisch Indien nicht eindringen, weil uns allein die staatliche Herrschaft daran hindert. (Lebebour: Welches Mittel haben Sie denn?) Ich habe das Mittel noch nicht gefunden, deshalb betone ich eben, daß das Problem erst angeknüpft ist, daß es zunächst einmal darauf ankommt, sich der Schwierigkeiten dieses Lebensproblems für die deutschen Arbeiter bewußt zu werden. (Bravo!) Eine Lösung liegt darin, daß wir überall für Unabhängigkeit der Völker eintreten. Solange Persien selbständig ist, können nicht die handelspolitischen Zustände eintreten wie in den abhängigen britischen Kolonien. Das ist aber wie gesagt nur ein Moment in diesem Problem. So hätten wir auch die Notwendigkeit der Selbständigkeit Marokkos mehr betonen müssen, als das geschehen ist. Wo die Regierung für unsere Selbständigkeit eintritt, müssen wir folgerichtig auf ihre Seite treten. Die Resolution bedeutet so wie sie vorliegt keine Lösung des Problems.

**Lebebour-Berlin:** Die statistischen Belegen des Genossen Quessel beweisen nur, daß er sich noch nicht tief genug mit dieser Handelsstatistik beschäftigt hat. In den Einfuhrzahlen Englands nach seinen Kolonien finden sich sehr viel deutsche Waren. (Sehr richtig!) Die Konsequenz seines Gedankenganges in dem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ läuft darauf hinaus, daß auch wir auf Kolonialerwerb aus-

gehen müssen. Ich hätte geglaubt, daß der Artikel von einem Nationalliberalen wie Paasche stammt, wenn ich nicht den Namen eines Sozialdemokraten darunter gelesen hätte. (Hört, hört!) Lench und Bannemann gehen davon aus, die heutige Politik der kapitalistischen Staaten lasse sich nur durchführen mit gewaltigen Mitteln, England z. B. wolle alle Völker zur Unterlegenheit zur See verurteilen. Aber diese Tendenz des Kapitalismus ist keine absolute. Es wirken eben verschiedene Tendenzen im Kapitalismus, z. B. stehen der absoluten freien Konkurrenz innerhalb des Kapitalismus die Kartelle und Trusts gegenüber. Dies übertragen auf die internationale Konkurrenz der kapitalistischen Staaten führt zu dem Verständnis der Vorschläge Englands auf Beschränkung der Rüstungen, die eben das Ziel haben, eine gemeinsame Ausbeutung des Weltmarktes zu ermöglichen. Diese Tendenz zu stärken, haben wir alle Ursache, weil sie unserem Wunsch und Willen, den Frieden aufrecht zu erhalten, entgegenkommt. (Sehr richtig!)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

**Dr. Quessel (persönlich):** Mein Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ hatte das Ziel nachgewiesen, daß die bürgerlichen Imperialisten nicht etwa phantastische Schwärmer sind, sondern aus egoistischen Motiven für den Imperialismus eintreten. Inwiefern ein solcher ökonomisch-historischer Nachweis der Ausflucht nationalliberaler Gefinnung ist, kann ich nicht beurteilen. Ich weise diese Verächtlichkeit als ganz ungerichtet zurück.

**Lebebour:** Ich habe Quessel durchaus nicht vorwerfen wollen, daß er bewußt nationalliberale Politik macht. Ich habe nur gemeint, daß sein Gedankengang, der auf ungenügendem Verständnis handelspolitischer Zahlen beruht, mit logischer Konsequenz zur Befürwortung der heute von der Regierung betriebenen Kolonialpolitik führen muß. (Dr. Franz: Ebenso wie die Ansichten von Lench!)

**Dr. Quessel:** Ich bin lediglich für eine zivilisatorische Kolonialpolitik eingetreten.

**Lebebour:** Ich habe nur auf die logische Konsequenz Ihres Gedankenganges hingewiesen. (Dr. Quessel: Ihre Logik!)

**Gaase (Schlußwort):** Gassen hat sich die Sache sehr leicht gemacht, indem er nach Art mancher Advokaten (Seitert) die Beweislast, die ihm zufiel, mir zugeschoben hat. — Bernstein verlangte Aufnahme eines Kapitels über die Schiedsgerichte. Wir fordern sie alle, aber ich kann ihnen nicht die übertriebene Bedeutung zuerkennen, wie das Bernstein zu tun scheint. Einzig sind wir darin, daß wir alles aufbieten müssen, um gegen die Kriegshege aufzutreten. (Lebhafter Beifall.) Die Resolution wird gegen drei Stimmen angenommen. Es folgt die

**Mattfeier.**

**Berichterstatter: Pfannkuch:** Der Parteivorstand empfiehlt Ihnen, eine Aenderung in der Feier des 1. Mai nicht vorzunehmen und die Arbeitsruhe nach wie vor für die würdigste Form der Matfeier zu erklären. Der der Matfeier gegebene Anhalt ist noch lange nicht erfüllt. Sie ist jetzt ausgedehnt auf die Beziehung des Völkerfriedens und die Befestigung des Betrüstens. — Auf dem Nürnbergertag ist nun beschlossen worden, daß die Parteimitglieder, die am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall haben, verpflichtet sind, einen Tagesverdienst abzuführen. Zahlreiche Parteigenossen sind der Meinung, daß die Erfahrungen, die mit diesem Antrag gemacht sind, nicht geeignet sind, die Matfeier würdiger zu gestalten. Es sei daher besser, im Interesse des Parteifriedens diesen Antrag 90 aufzugeben. (Sehr richtig!) Wir haben die Bezirksvorstände aufgefordert, sich über die Wirkung dieses Antrags in ihrem Bezirk zu äußern. Beschämenderweise lauten zahlreiche Berichte dahin, daß die übelsten Erfahrungen mit der Durchführung dieses Beschlusses gemacht worden sind. (Hört, hört!) Nur aus einem Bezirk ist eine ziemlich befriedigende Auskunft eingegangen. Aus den anderen Bezirken könnte ich traurige Beispiele anführen. So wird darauf hingewiesen, daß unter den Wandbrüdern in den Parteibrudereien sich eine förmliche Organisation zur Umgehung des Nürnbergertag Beschlusses gebildet hat. (Hört, hört!) Von Gewerkschaftsbeamten hat man darauf hingewiesen, sie seien verpflichtet gewesen, am 1. Mai Arbeit zu leisten und wären deshalb nicht gezwungen, den Tagesverdienst abzuführen. Diese Genossen haben gewiß formal recht (hört, hört!), aber sie hätten den Beitrag schon leisten sollen, um nicht in den Verdacht zu kommen, nur deshalb am 1. Mai gearbeitet zu haben, um den Pflichtbeitrag nicht leisten zu müssen. Weiter weist man darauf hin, daß diesmal vielfach die Konsumvereine am 1. Mai ihre Käben offen gehalten haben. Das hätte man ebenfalls unterlassen sollen, da ja doch die Konsumvereine auch auf die Unterstützung der Partei rechnen. Die Fassung des Nürnbergertag Beschlusses ist gemeinlich keine glückliche. „Arbeiter“ und „Mitglieder der Partei“, die am 1. Mai nicht arbeiten müssen, festzustellen, ist sehr schwierig. Ich habe die Auffassung, daß man ursprünglich nur die Beamten der Partei treffen wollte und würde persönlich empfohlen, nur insoweit den Antrag aufrecht zu erhalten, wenn man nicht zu einer Aufhebung

**Wenn der Vorhang fällt.**

Aus der Komödie des Lebens.  
Roman von Jonas Lie.

17

(Fortsetzung.)

Junmer wieder trieb sich Ellen selbst zur Arbeit an. Das betäubte die Gedanken.

Ohne sich Rechenschaft darüber abzulegen, stand sie eine Weile darauf unwillkürlich oben am Geländer des Promenadenwegs, von wo aus man eine Ueberblick hatte. Ihre Ahnung hatte sie nicht betrogen — da stand er mitten auf dem dritten Blase.

Er schien unten einen Verkauf seiner Photographien eingerichtet zu haben.

Eine Menge von Landsleuten standen um ihn herum. Man schenkte ein und schwatzte und trank.

Mit einem Male kam es über sie, als müßte sie hinunterstürzen — Mathias!

Fast schien es ihr, als hätte sie es getan — verzweifelt wandte sie sich um und stürzte hinunter — zu ihrer Arbeit.

Mathias Wiig war vom frühen Morgen an mitten in dem wimmelnden Leben auf dem dritten Blase gewesen.

Die Bilder machten Stimmung — die Stimmung des Wiedersehens von Seimat und Vergangenenheit. Und es zeigte sich, daß die Landsleute sie jetzt schon mit andern Augen und in andrer Gemütsverfassung betrachteten.

Es lag wie Frohsinn und Feillichkeit in der Luft.

Überhand verbotene Tropfen und Flaschen wurden herorgeschmuggelt; man trank und stieß an.

Für Mathias Wiig klang das Klirren und Klingeln der Gläser wie Schellengeläut aus alten Zeiten, da er selbst oft genug auf verbotenen Wegen mitgefahren war — während man ihm, im Namen des Patriotismus, hier ein Glas und dort großmütig eine volle Flasche bot.

Unvorsichtig verschüttete Branntweintropfen befanden eine oder die andre der Photographien und rannen flebrig über die geliebten FIELDS hernieder.

Man schwatzte und nötigte zum Trinken, man wurde gerührt und brüllte und fassete ihm die Ohren voll und füllte die Schnapsgläser auf seinem Tisch ab.

Und hinter ihm kreischte und schrie der Laienprediger, der Traktate feilbot, und malte aus, wie er sich hier auf dem Turme zu Babel befände inmitten der Sprachverwirrung.

Mathias Wiig war milde und schwindlig.

Ein überströmend gutmütiger, taumelnder Mensch stieß ihm, im Schaulen des Schiffes schwankend, sein bis zum Rande gefülltes Glas vor die Brust.

Sonderbar — auf seinen Lippen war ein brennender Geschmack — in seinem Mund — ein Tropfen aus dem Glase!

Es wurde ganz still in ihm, als ob etwas geschehen wäre — als ob etwas geschehen müßte!

Er war unschuldig! — Vor einem Regentropfen kann kein Mensch sich schützen!

Er schluckte nicht einmal. —

Und es war nur ein halber Tropfen!

Aber er brannte auf seiner Zunge wie Feuer, so wie ein Wassertropfen lange auf einem heißen Kachelofen sitzen kann, ohne zu verdunsten.

Das Geschäft war ihm vollständig Nebensache geworden; schließlich war es auch nichts — sehr unbedeutend — nichts, das die Phantasie beschäftigen konnte.

Hinter ihm schrie der Wanderprediger vom Turme zu Babel.

Er hörte jedes Wort, während er redete und über die Preise der Photographien Bescheid gab.

Er scheute sich vor seinen eigenen Gedanken, unter denen eine Art von Panik ausgebrochen war, und heftete seine Aufmerksamkeit hartnäckig auf den Wanderprediger.

Zwischen den beiden untersten Photographiestöcken hatte ein volles Glas gestanden.

Er griff plötzlich nach der Stelle — nur um es vor den Augen der Leute besser zu verbergen.

Aber seltsam — jetzt stand es nicht mehr da!

Und doch hatte er es gesehen — wirklich gesehen — und kein Mensch war da gewesen!

Krampfhaft hielt er seine Gedanken auf den Prediger

gerichtet, der sich immer zorniger gegen das Volk zu Babel ereiferte, das da Ohren hatte und nicht hörte.

Schließlich legte er in grotesker Demonstration ein Schlächtermesser vor sich hin. Er wies darauf und rief, daß die Menschen weder die Wahrheit noch die Arglist des Bösen verstünden; — sie hätten alle das Messer in ihren Eingeweiden und den Tod an der Kehle!

Mathias Wiig blickte wieder hin; das Glas stand da — wirklich da — und plötzlich griff er zu, um die Tafel zu konstatieren.

Es war nicht da.

Festig und mit brennenden Augen blickte er nach einem wirklichen Glas aus — und streckte mit einem Kopfnicken die Hand einem vergnügten Kunden entgegen, als sein Blick von einer Erscheinung oben auf dem Sturmband gefesselt wurde, die mit einem Male wieder verschwand.

Ellen!

Eine plötzliche Angst packte ihn. — Schon früher hatte er am Rand der Halluzination — des drohenden Deliriums gestanden!

Mit gewaltiger Eile packte er seine Sachen in den Koffer und eilte hinweg.

Er mußte auf Deck und frische Luft schöpfen.

Er ging und ging — auf und ab —

Noch hatte er den Wanderprediger nicht verwunden; in ihm war ein Empfinden, als wäre ein Messer durch seine Seele gegangen, als wäre etwas geschehen, das fast wie ein Wunder ausah!

Wenn es nicht einfach das Naturgesetz des Instinkts gewesen war, der sich plötzlich aufgerichtet und ihn gerettet hatte.

Er konnte es sich nicht verheimlichen, daß er diesmal dicht am Rande des Abgrunds gestanden hatte!

Auf der Bank neben dem Rauchzimmer sah der Braumantel — unbeweglich — stumm wie ein indisches Götzenbild.

„Sie reisen nach Venares?“ wandte der Photograph sich plötzlich an ihn.

Der andre nickte.

„Und Sie waren voriges Jahr auch dort?“

Übermaliges Nicken

des Antrags überhaupt kommen sollte. Ich meine, selbst wenn der Antrag aufgehoben wird, bleibt für die Parteiangestellten die moralische Pflicht bestehen, einen Tagesarbeitsverdienst am 1. Mai abzuführen. (Strahl) Der Parteivorstand hält also die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses für im Interesse des Parteifriedens liegend. Im nächsten Jahre fällt ja der 1. Mai auf Himmelfahrt, so daß wir jedenfalls ausposaunen können, daß die Maßfeier sich so umfangreich gestaltet hat wie nie zuvor. (Geierfeit.) Hoffentlich wird sie sich aber auch in Zukunft immer würdiger gestalten. (Strahl)

**Rhifel-Leipzig:** Als Mitglied der Beschwerdekommision habe ich den Auftrag, Ihnen einen speziellen Fall mitzuteilen: Drei Gewerkschaftsbeamte des Metallarbeiterverbandes in Dresden haben 1911 ihren Tagesverdienst nicht abgeführt, weil sie erkrankt, zuerst zurückerufen und nach Jena wieder eingeleitet, zuerst zurückgewiesen und nach Jena wieder aufgenommen. Das Schiedsgericht hat den Ausschluß abgelehnt, aber die Verpflichtung der drei Beamten zur Abführung des Tagesverdienstes ausgesprochen. Dagegen führen die drei Beamten Beschwerde. In einem anderen Falle, wo Beamte des Transportarbeiterverbandes Streikposten gestanden haben, hat die Beschwerdekommision anerkannt, sie seien nicht verpflichtet, den Tagesverdienst abzuführen. Darauf haben die Beschwerdeführer aus Dresden. Das formale Recht steht zweifellos auf Seiten der Beschwerdeführer, aber wir wollen es als moralische Pflicht der Gewerkschaftsbeamten aussprechen, daß sie den Tagesverdienst abführen, denn im Interesse der Gewerkschaften werden die Maßfeierfonds gesammelt. (Sehr richtig!)

**Lipinski-Leipzig:** Der Nürnberger Beschluß ist ein Schuldschein, daß man nicht Anträge beschließen soll, deren Konsequenzen man nicht vorher klar gestellt hat. (Sehr richtig!) Daß unter dem Nürnberger Beschluß nur Angestellte ufm. fallen konnten, soweit sie Parteigenossen sind, ist selbstverständlich. Der Unwille ist vor allem darauf zurückzuführen, daß Ungerechtigkeiten daraus entspringen, daß der eine bezahlen muß, der andere nicht, weil sie nicht zu fassen sind. (Sehr richtig!) Für die Genossen in Privatbetrieben z. B. fehlt uns jede Kontrolle. Auch wird die soziale Lage des einzelnen durch den Beschluß gar nicht berücksichtigt. In vielen Orten hat man sich überhaupt nicht um den Beschluß gekümmert. (Sehr richtig!) Im Interesse der Partei bitte ich, den Beschluß von Nürnberg zu befestigen, er ist nur ein Stein, der uns die Arbeit im Befreiungskampfe erschwert. — In dem Beschlussefall kann nicht das moralische, sondern es muß das beschlossene Recht in Frage kommen. Wer gearbeitet hat am 1. Mai, hat eben nach dem Nürnberger Beschluß keine Verpflichtung zur Abführung des Tagesarbeitsverdienstes. Haben Sie den Nürnberger Beschluß auf, die lumpigen paar Mark, die dadurch eingekommen sind, können gegenüber den Schädigungen des Parteifriedens nicht in Betracht kommen. (Lebhafter Beifall.)

**Gbers-Lübeck:** Wir sind für eine Änderung der Maßfeier. Sie ist bei uns von Jahr zu Jahr zurückgegangen. (Hört, hört!) Die Mitglieder der größten Gewerkschaften bleiben bei uns in den Fabriken und Werftstätten, das ist keine würdige Form der Demonstration mehr. (Sehr richtig!) Wir sollten daher auf dem Internationalen Kongress für eine Veränderung der Maßfeier eintreten. Den Nürnberger Beschluß bitte ich aufrechtzuerhalten, Pfannkuch hat ihn ja auch gleichsam befürwortet. (Pfannkuch: Durchaus nicht!) Auf die paar lumpigen Mark kommt es zeitig nicht an, aber darauf, daß die betreffenden Genossen ihren Opfermut beweisen.

**Es läuft ein Antrag W. S. G. C. G. ein, den Nürnberger Beschluß nur noch für Angestellte der Partei und Gewerkschaften in Geltung zu lassen.**

**Hense-Damburg:** Die Stellungnahme Pfannkuchs war weder Fisch noch Fleisch. An der Arbeitsruhe in der heutigen Form will er festhalten, die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses stellt er dem Parteitag anheim. Wir von Hamburg werden an dem Nürnberger Beschluß festhalten, solange die Arbeitsruhe weiter besteht. Wird der Nürnberger Beschluß aufgehoben, so hat die Arbeitsruhe ein Ende. (Widerspruch und Zustimmung.) Die große Masse der Genossen wird nicht mehr die Opfer der tagelangen Auslieferung ins Gefängnis sein, sondern sie werden sich nehmen, wenn die Parteiangestellten nicht einmal das Opfer des Tageslohns bringen wollen. (Sehr richtig!) Es kommt sehr auf die Handhabung des Beschlusses an. Man muß die Genossen zur Opferfreudigkeit erziehen. Bei uns haben alle Genossen, die in der Partei, in Gewerkschaften und Genossenschaften angestellt sind, den Tageslohn abgeführt und die Arbeitsruhe ist bei uns immer an ausgedehnten gewesen. Sie wird aber mit dem Augenblick verschwinden, wenn der Nürnberger Beschluß aufgehoben wird. (Unruhe.)

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

**Robert Schmidt-Berlin:** Es ist außerordentlich peinlich, daß gerade die Frage, ob die Parteiangestellten einen Tagesverdienst am 1. Mai abführen sollen, auf dem letzten und diesem Parteitag zu solchen Debatten geführt hat. Ich bedauere es in hohem Maße, wenn Gewerkschaftsangehörige so wenig Opferfreudigkeit beweisen haben, daß sie dem Nürnberger Beschluß nicht nachgegeben sind. Das ist kleinlich und unwürdig und erzeugt nur die Stimmung, einen Gegensatz zwischen Angestellten und Mitgliedern herbeizuführen. (Sehr richtig!) Deshalb bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen, daß Partei- und Gewerkschaftsangeestellte verpflichtet sind, einen Tagesverdienst abzuführen. Ein solcher Beschluß ist durchführbar. Auf besondere Verhältnisse wie Krankheit usw. wird Rücksicht genommen werden.

„Gm — Sie beabsichtigen wohl eine Reise um die Erde zu machen!“  
 „Ja — es ist nun das siebente Mal!“  
 „So — hm —“  
 (Fortsetzung folgt.)

**Kleines Feuilleton.**

**Die Ausgrabungen in Heidelberg.** Vom Stadtrat wurde die Angelegenheit der dauernden Freilegung des Augustinerklosters der Kommission für die Geschichte der Stadt überwiesen. Der Kommission soll es überlassen werden, vor einer Beschlußfassung Vorschläge des Konservators der öffentlichen Baudenkmäler des Landes wie anderer Sachverständiger einzuholen.

**Unbekannte Werke von Turgenjew.** Im Nachlaß eines früheren Freundes von Ivan Turgenjew wurden die Manuskripte von zwei Dichtungen des Verfassers von „Väter und Söhne“ gefunden. Eines ist ein Drama und das andere eine Novelle. Sie hat den Titel „Abenteuer des Kapitäns Zubnow“ und schildert in phantastischer Form eine wirkliche Begebenheit aus dem russischen Volksleben.

**43. Jahresversammlung des Bodenseegeschichtsvereins.** In der in Meersburg unter dem Vorsitz des Vereinspräsidenten Bürgermeister Schilling-Lindau abgehaltenen 43. Jahresversammlung des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung teilte der Vereinskassier Kaufmann Bräunlin-Friedrichshafen bei Eröffnung des Rednerstuhls den Bericht für 1911 auf 1912 mit, daß infolge der Inhabensetzung und Erneuerung des Vereinsmuseums in Friedrichshafen der Verein 8000 M. Schulden habe. Es werde erwartet, daß die Beitragsleistungen der einzelnen Staaten eine Erhöhung erfahren, um die finanzielle Lage des Vereins zu bessern. In der öffentlichen Versammlung erstattete der Präsident einen Tätigkeitsbericht, in welchem er die Arbeit des Vereins einer eingehenden Betrachtung unterzog. Prof. Dr. Gumm sprach sodann über

zunehmend wird ein erneuter Schlußantrag angenommen.

**Pfannkuch** betont in seinem Schlußwort, daß eine Konferenz der Landes- und Bezirkssekretäre sich für die Aufhebung des Nürnberger Beschlusses erklärt habe und bittet, eventuell dem Antrag Wels zuzustimmen.

Ueber die Anträge auf Aufhebung des Nürnberger Beschlusses wird namentlich abgestimmt. Der Nürnberger Beschluß wird mit 271 gegen 221 bei zwei Stimmenthaltungen aufgehoben.

Es entsteht nun eine längere Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob jetzt noch über den Antrag Wels, wonach nur Partei- und Gewerkschaftsangehörige zur Abführung eines Tagesverdienstes am 1. Mai verpflichtet sein sollen, abgestimmt werden könne. Schließlich wird mit Rücksicht darauf, daß die Frage im nächsten Jahre nicht aktuell wird, weil der 1. Mai auf einen Feiertag fällt, der Antrag Wels dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung überwiesen.

Der von Rhifel erwähnte Beschwerdefall wird auf morgen zurückgestellt.

Die weiteren Verhandlungen werden vertagt. — Schluß halb 7 Uhr. (Weiterer Bericht siehe auch S. 4.)

**Deutsche Politik.**

**Die Reichsregierung und das Jesuitengesetz.** Die „Köln. Zeitung“ enthält folgendes offiziöse Telegramm: „In unterrichteten Kreisen verlautet, daß dem Reichskanzler ein Antrag vorliege, den bayerischen Antrag zum Jesuitengesetz mit der Feststellung zu beiseiden, daß die von der bayerischen Regierung in Vollzug der Bekanntmachung des Bundesrats vom 5. Juli 1872 erlassenen Ausführungsbestimmungen dem Sinne des Gesetzes widersprechen.“

**Oder-Donau-Kanal.** Das alte Projekt einer Verbindung der Donau mit der Oder scheint jetzt wieder aufgenommen und energisch verfolgt zu werden. Wie das „Neulaiser Stadtblatt“ von besonderer diplomatischer Seite erzählt, ist die österreichische Regierung dem Plane nähergetreten, durch Verbindung der Donau mit der Oder von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer laufende Wasserstraße zu schaffen.

**Staatliche Jugendfürsorge.** Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten hat die Eisenbahndirektion in Berlin ermächtigt, die für den allgemeinen Verkehr beschlossene Fahrpreismäßigung im Interesse der Jugendpflege auch für den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr mit zu gewähren, im Hinblick auf die Verkehrsverhältnisse von Großberlin notwendigen Einschränkungen zu gewähren. Bedingung ist u. a., daß der antragstellende Verein einer staatlich geförderten Organisation für Jugendpflege angehört, und daß es sich um einen Ausflug im Interesse der Jugendpflege handelt.

**Allo Arbeiter-Jugendvereine** erhalten bei ihren Ausflügen auch hier wie anderwärts die Eisenbahnergünstigungen nicht. Man ersieht daraus wieder, daß die staatliche Jugendfürsorge im Grunde genommen nicht den Zweck haben soll, das Wohl der Jugend zu fördern, sondern sie will nur die Jugend isoliert halten und den Einflüssen der modernen Arbeiterbewegung entziehen. Ein lächerliches Beginnen!

**Wider eine Lehrermäßigung.** Dem „Berl. Sozialanzeiger“ wird aus Magdeburg berichtet, daß die Regierung gegen den städtischen Volksschullehrer **Rehbold** in Achersleben die Amtsentsetzung ausgesprochen habe. Gegen ihn war ein Strafverfahren eingeleitet wegen einer Reihe von Artikeln, die Lehrer Rehbold veröffentlichte, und wegen Erteilung seines Religionsunterrichts.

**Religion und Politik.** Die liberale „Zweibrücker Zeitung“ in der Lage, folgendes Geheimzirkular des Bundes der Landwirte zu veröffentlichen:

„Bund der Landwirte Frankfurt a. M.  
 Tel.-Adr. Landwirtschaft Frankfurt/Main.  
 Frankfurt a. M., 11. 9. 12.“

An die Herren Vertrauensmänner der Abteilung Pfalz. Auf Wunsch der bündlerischen pfälzischen Landtagsabgeordneten und im Auftrage der Herren Wahlkreisvorsitzenden gestatten wir uns ergebenst folgendes mitzuteilen:

Am Sonntag, den 1. September, tagte der Landesvorstand der Abteilung Pfalz und hat derselbe unter anderem auch auf Anregung des protestantischen Pfarrers Schäfers-Speyersdorf folgendes beschlossen:

Bei den Presbyterwahlen (Kirchenvorstandswahlen), die in diesem Herbst stattfinden, soll der Bund der Landwirte eine energische Tätigkeit darin entfalten, daß mehr

Anhänger des Bundes der Landwirte als Presbyter aus den Wahlen hervorgehen. Der Landesvorstand begründet seinen Beschluß damit, daß der Bund der Landwirte den Herren Geistlichen gegenüber eine Machtstellung bekommt, die in den Zeiten von Reichs- und Landtagswahlen, wo diese Herren fast immer als Gegner von uns auftreten, sehr schwer ins Gewicht fallen dürfte.

Indem wir den Herren Vertrauensmännern von dem Beschluß des Landesvorstandes Kenntnis geben, bitten wir Sie, nunmehr möglichst bald die Mitglieder Ihrer Ortsgruppe zusammenkommen zu lassen und darüber zu beraten, welche Wege eingeschlagen werden sollen, um bei den bevorstehenden Presbyterwahlen energisch eingreifen zu können. Es dürfte dabei hauptsächlich notwendig sein, daß zu den Wahlen Männer aufgestellt werden, die dem Bund der Landwirte angehören und ein solches Ansehen in der Gemeinde genießen, daß sie auch seitens der außenstehenden Gemeindeglieder gewählt werden. Die Aufstellung geeigneter Kandidaturen wäre dann baldigst notwendig. Nachdem sich die aufgestellten Kandidaten zur Annahme einer Kandidatur bereit erklärt haben, ist es dann Sache der Ortsgruppe und der befreundeten Bundesmitglieder, daß diese energisch für deren Wahl eintreten. Sie sollen möglichst rasch damit beginnen, damit Ihnen seitens einer anderen Vereinigung nicht zuvorgekommen wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung und freundlichem Bundesgruß  
 Die Geschäftsstelle: Crein.

Man sieht, die dicke Freundschaft des Bundes der Landwirte mit den Schwarzen ist nicht so ohne. Sie lernen die Jesuitenkniffe, an die sie früher nicht gedacht haben. Hat man die Gescheiterten erst soweit unter die blinderliche Fuchtel gebracht, daß sie mit den Gehegorenen an einem Strang ziehen müssen, dann wird die schwarze glorie Herrlichkeit in neuer hellstrahlender Glorie ersehen. Es ist doch gut, daß Religion und Kirchen noch existieren, wo würden sonst die Schwarzblauen mit ihrer Politik hinkommen!

**Ausland.**

**Schweiz.**  
**Der Wert der Konsulate im Auslande** wird durch folgendes unerhörtes Vorkommnis drastisch beleuchtet: Zwei deutsche Arbeiter, die vom Arbeitsamt Stuttgart nach Zürich vermittelt wurden, wollten, um Geld zu sparen, den Weg zum Ziel zu Fuß zurücklegen. Bis Frauenfeld waren sie auch glücklich gekommen. Von dort wollten sie die letzte Stunde bis Zürich mit der Bahn fahren. Als sie aber am Bahnhof ankamen, nahm ein Polizist sie mit nichts als nichts mit und sperrte sie wegen „Vagabundage“ ein! Alle Einwendungen, daß sie ja zur Arbeit mühten, halfen nichts, und ihre Witten, sich doch beim Arbeitsamt in St. zu erkundigen, daß dort ihre Papiere deponiert seien, wurden brüsk ignoriert! Ebenso ihr Appell an die oberen Behörden. Man gab ihnen trotz aller Witten auch keine Gelegenheit, nach Hause zu schreiben, sondern ließ sie 12 Tage lang im Gefängnis sitzen, ohne sich um sie zu kümmern! Erst dann gelang es einem der beiden Arbeiter, sich durch seinen Bruder in Berlin an Gen. Reichnecht zu wenden, der das nötige zur Freilassung veranlaßte. Eine Beschwerde der in der Schweiz festgehaltenen Arbeiter, die, nebenbei gesagt, durchaus gut, also nicht vagabundenmäßig gefeilt waren, wurde von der Thurgauischen Regierung mit kalten Worten abgewiesen, ebenso ihre Entschuldigungsanträge. Als dann die beiden zum deutschen Generalkonsul in Zürich gingen, um zu fragen, ob denn ein Arbeiter im Ausland gar keinen Schutz durch sein Vaterland erhalte, da antwortete ihnen der Generalkonsul schnodderig: „Ja, wenn ihr euch (!) etwas befleißigen in eueren Forderungen gezeigt und euch nicht bei den Sozialisten eingelassen hättet (sie hatten ihre Klage nämlich durch das Arbeitersekretariat einreichen lassen), dann würde euch geholfen werden, so aber nicht!“ Tatsächlich wurde den Arbeitern weder Genugtuung noch eine Entschädigung zuteil, wohl aber haben sie durch die lange Haft schweren Schaden erlitten, haben ihre Arbeit nicht mehr antreten können, haben wochenlang arbeitslos umherirren müssen, sich überall sagen lassen müssen, daß sie minderen Rechtes seien u. a. m. Und für diese famose „Vertretung“ im Auslande zahlt der deutsche Steuerzahler jährlich Hunderttausende!

**England.**  
**Eine sozialdemokratische Kundgebung englischer Geistlicher.** 110 Geistliche verschiedener Stellung in der Staatskirche und verschiedener Sektoren haben folgende Erklärung erlassen: „Wir, die unterzeichneten Diener christlicher Kirchen verschiedener Richtungen, geben diese Erklärung im Hinblick auf die weitverbreitete Meinung, daß der Sozialismus, zu dem wir uns bekennen, grundsätzlich verschieden sei von dem Sozialismus der offiziellen sozialistischen Organisationen. Wir erklären, daß der Sozialismus, an den wir glauben, das Gemeinwesen“

**Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.**  
 Montag, 23. Sept. A. 4. Zum erstenmal: „Mein Freund Teddy“, Lustspiel in 3 Akten von André Rivoire und Lucien Desnard, deutsch von Volten-Bäckers. Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Dienstag, 24. Sept. C. 4. „Schuldig?“, Volksstück in 3 Akten von Hermine Billinger. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr.  
 Donnerstag, 26. Sept. A. 5. „Bar und Zimmermann“, Kom. Oper in 3 Akten, Text und Musik von Vorping. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 11 Uhr.  
 Freitag, 27. Sept. B. 5. „Margarete“, große Oper mit Ballett in 5 Akten von Gounod. Anfang 7 Uhr, Ende 11 Uhr.  
 Samstag, 28. Sept. Keine Vorstellung.  
 Sonntag, 29. Sept. C. 6. Neueninführung: „Mignon“, Oper in 3 Akten von Ambroise Thomas. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.  
 Montag, 30. Sept. B. 6. „François Villon“, romantische Komödie in 4 Akten von Leo Reng. Anfang 7 Uhr, Ende 11 Uhr.

In Baden-Baden:  
 Sonntag, 29. Sept. 2. Vorstellung außer Abonnement. Zum erstenmal: „Mein Freund Teddy“, Lustspiel in 3 Akten von Rivoire und Desnard, deutsch von Volten-Bäckers. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

**Eingegangene Bücher und Zeitschriften.**

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)  
 Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen ist uns soeben die Nr. 26 des 22. Jahrgangs zugegangen. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pfg.; unter Kreuzband 85 Pfg. Jahresabonnement 2.60 M.

Geschichtliches der Stadt Meersburg. Die nächstjährige Generalversammlung des Vereins findet in Tutzingen-Gohentwiel statt; 1914 schließt sich der Verein der Tagung des Gesamtvereins deutscher Geschichtsvereine in Lindau an.

**Theater und Musik.**

— **Herbstkonzerte in Baden-Baden.** In einem Musikereignis gestaltete sich das zweite große Julius-Konzert des Stadt-Orchesters. Es erfüllte voll auf die gebeten Erwartungen. Die Leitung desselben lag in Händen des bekannten Meisterdirigenten Felix Weingartner. Die nötige Unabhängigkeit von der Partitur macht diesen Meister zum absoluten Beherrscher des Orchesters und das ist, Orchester gab unter seiner Leitung sein Bestes. Beethoven's Overtüre zu „Egmont“ eröffnete in tadelloser Ausführung den Abend. Die Solistin Lucille Marcel (Soprano) sang mit feinsinnigem Empfinden drei Lieder von Beethoven und das bekannte Ständchen von Schubert mit Orchesterbegleitung. Großen Beifall erlangt Weingartner mit der Aufführung seiner Symphonie in Es-dur. Das Werk ist kunstvoll zusammengefügt und ausgestattet mit allen Mitteln der modernen Technik der Tonkunst. Auch als Wiederholung stellte sich F. Weingartner vor, er versteht als solcher in moderner Formangebung feinsinnige Poesie auszubilden. Liebliche Anmut liegt über dem Lied „Du bist ein Kind“, und tiefgehendes Empfinden spricht aus dem Liede „Unter Sternen“, die von Lucille Marcel so wirkungsvoll vorgetragen wurden, daß sie dieselben wiederholen mußte. Den Schluß des Programms bildete die in ihrer vollen Kraft und Schönheit herausgebrachte Overtüre zu Verememo Cellini.

Das Konzert war sehr gut besucht, auch aus den umliegenden Städten, insbesondere aus Karlsruhe und Straßburg hatten sich viele Musikliebhaber eingefunden. Das letzte Konzert findet am Dienstag, 25. ds. Mts., statt unter der Leitung von Prof. Arthur Nikisch, dessen Ruf für einen vollenenden Kunstgenuß bürgt.

tum und die öffentliche Verwaltung der Produktions-, Verteilungs- und Austauschmittel in sich schließt, daher im Wesen derselbe ist, den die Sozialisten der ganzen Welt vertreten. Unser Sozialismus ist nicht weniger ernst oder umfassend, weil er durch unser Christentum inspiriert ist. Die Grundlehre des Sozialismus ist volkswirtschaftlicher Art und kann daher von allen Menschen, seien sie Christen oder Ungläubige, vertreten werden. Aber wir fühlen als Diener des christlichen Glaubens, daß diese wirtschaftliche Lehre in vollkommener Harmonie mit unserem Glauben ist, und wir glauben, daß ihre Vertretung gerechtfertigt und selbst erfordert wird durch die Forderungen unserer Religion."

### Badische Politik.

#### Die badischen Schulfälle.

Zum Fall Hall (Muggenturm) läßt sich die „Zeff. Ztg.“ weiter die folgenden grundsätzlichen Betrachtungen schreiben: „... Das Widersprüchliche in der ganzen Rechtslage ist, daß sich der Staat verfassungsmäßig nicht im geringsten verpflichtet hat, durch staatlich angestellte und bezahlte Lehrkräfte den von den Religionsgemeinschaften gemühten Religionsunterricht in seinen Schulen erteilen zu lassen. Er weist diese Aufgabe ausdrücklich den Kirchen zu, nimmt sie ihnen aber aus Entgegenkommen ab. Und nun kommt das Widersprüchliche, Tragi- sche. Die Kirche disqualifiziert die ihnen vom Staate aus Entgegenkommen zur Verfügung gestellten Lehrkräfte, und der Staat jagt die so disqualifizierten zum Teufel. Er befreit sie nicht etwa nur vom Religionsunterricht, was selbstverständlich wäre, nein, er jagt sie ganz aus Amt und Brot. Damit gibt der Staat der Entscheidung über die Amtsfähigkeit seiner Lehrer für die meisten Fälle tatsächlich vollständig in die Hand der Kirche, obwohl rechtlich für ihn nicht der leiseste Anlaß vorliegt.

Aber man denke sich einmal die Folgerungen des vom Staate der Kirche überlassenen Rechts, über die Brauchbarkeit der Lehrer zu entscheiden, vollständig aus! Die Kirche kann demjenigen Lehrer die Berechtigung zur Erteilung des Religionsunterrichts entziehen, der irgendwie sich als „unfirchlich“, als „ungläubig“ erweist. Was ist „unfirchlich“, was ist „ungläubig“? Diese Begriffe sind außerordentlich dehnbar; bei der heutigen Entwicklung der Kirche genügen schon so geringe Abweichungen von der Kirchenlehre zur Disqualifikation, daß man sich wundern muß, daß die missio canonica nicht mehr Lehrern entzogen ist. Man kann sich zum Beispiel den Fall denken, daß die Kirche kirchenpolitisch mißliebigen, im übrigen aber überzeugten religiösen Lehrern die Berechtigung zur Erteilung des Religionsunterrichts absperrt. Die Gründe dazu brauchen noch nicht einmal auf dem eigentlichen religiösen Gebiete zu liegen, ein Fall, der bei der heutigen Umplannung des staatlichen Betriebes durch den Merkantilismus gar nicht so ganz außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liegt. ... Möglich ist es, daß aus kirchenpolitischen Erwägungen nach dem heutigen Verhältnis des Staates zur Kirche die Kirche vermöge ihres Begutachtungsrechtes jeden Lehrer, gegen den sich irgendwie „Gründe“ (private Meinungen usw.) finden lassen, aus Amt und Brot zu bringen vermag. Der Staat wird kaum in die Begutachtung hineinreden, da er in religiösen Fragen sich als unzuständig betrachtet. Somit ist die Lehrerschaft, soweit sie Religionsunterricht erteilt, bezüglich ihrer Entlassung vollständig der Kirche als Verwaltungsinstanz ausgeliefert. So zeigt diese Rechtslage wieder klar, wie notwendig die Trennung von Staat und Kirche ist.“

Die „Neue Züricher Zeitung“ (Nr. 260 vom 18. d. M.) schreibt eine längere Betrachtung über den Fall Hall wie folgt: „Es ist doch eine recht eigentümliche Sache: Der Staat, der zum ganzen Wesen der römischen Kirche in scharfem Gegensatz steht und an ihrem Prinzip einen unerbittlichen Gegner hat, zwingt seine Lehrer zur Erteilung des Religionsunterrichts für diese Kirche als Verwaltungsinstanz ausgeliefert. So zeigt diese Rechtslage wieder klar, wie notwendig die Trennung von Staat und Kirche ist.“

Die Entscheidung des Falles von Muggenturm ist, wie bekannt, während der Ferien des Unterrichtsministers Dr. Böhm getroffen worden. Nach der nunmehr erfolgten Rückkehr des Ministers wird, wie der Karlsruher Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ zuverlässig erfahren haben will, die Angelegenheit zur weiteren Behandlung wieder aufgenommen werden.

In dem zweiten Fall (Lauterbachshaus) handelt es sich nicht um eine Entlassung, sondern nur um eine zeitweilige Enthebung vom Lehramt. Auch diese Angelegenheit harrt noch der Erledigung. In einem Ort im Bezirk Wertheim, Schulkreis Lauterbachshaus, soll ein Unterlehrer durch „irreligiöse“ Äußerungen im Wirtshaus „Aergernis“ erregt haben und hat derselbe nach gefolgter Unteruchung einen Verweis bekommen. Derselbe Unterlehrer hatte dann einen Zusammenstoß mit dem Bürgermeister als dem Vorsitzenden des Ortschulrats, der schließlich zu einer Verleumdungsklage des Unterlehrers gegen den Bürgermeister führte. Wegen dieses Vorfalls wurde der Lehrer seines Dienstes entzogen, nicht aus dem Schuldienst entlassen.

Es wäre jedenfalls das Richtige, wenn Herr Minister Dr. Böhm die Maßnahmen, die ihm seine „Mäte“ während seiner Ferien angedacht haben, so schnell wie möglich korrigiert und jedenfalls die Entlassung des Unterlehrers Fall wieder zurücknimmt. Damit könnte die Diskreditierung des badischen Staates durch diesen unerhörten Eingriff in die Gewissensfreiheit einigermaßen wieder gut gemacht werden. Damit würde zwar die Kirche in Freiburg, die dem Lehrer am liebsten den Reberhut auf den Kopf stülpen und ihn auf den Scheiterhaufen setzen würde, nicht einverstanden sein. Das macht aber nichts. Unser Renommee als Kulturstaat muß uns wichtiger sein, als die Zufriedenheit der Kirche und schwarzen Reaktion.

Ueber den Lauterbachshauser Fall wollen wir uns zunächst kein Urteil erlauben, da wir die Einzelheiten nicht kennen.

**Die Christen müssen die Teuerung würdig ertragen.**  
Diesen guten Rat gab der Diözesanbischof Dr. Rehbach den Mitgliedern des kath. Arbeitervereins Freiburg, als er ihnen vor einigen Tagen einen Vor-

trag über die Fleischteuerung hielt. Er untersuchte die Ursachen der Teuerung und die Mittel zur Abhilfe nach den bekannten Rezepten, welche die Zentrumspresse für die Behandlung dieser Frage ausgegeben hat, meinte aber doch, „daß, wenn die Aufhebung der wenigen vorhandenen Futtermittelzölle eine Verbilligung der Viehproduktion herbeiführen könne, man dieselben beseitigen solle.“

Na, wenigstens etwas! Köstlich ist aber die Schlussargumentation des Leiters einer Arbeiterkörperschaft. Dr. Rehbach erklärte: „Wir vom katholischen Arbeiterverein wollen uns also nicht verhegen lassen, sondern den Verhältnissen Rechnung tragen und Verständnis entgegenbringen; nicht Klagen und die Hände in den Schoß legen, aber auch als Christen handeln und die gesandten Prüfungen tragen.“

Dieses Allheilmittel gegen die Teuerung wurde auch in einer Resolution festgelegt, deren denkwürdigste Sätze lauten:

Die Vereinsmitglieder werden ermahnt, um dieses Problem sich zu interessieren, einzutreten für Abhilfe, aber sich nicht verhegen zu lassen und den Notstand, der größtenteils von der Ungunst der Witterung, von Viehkrankheiten usw. herrührt, zu ertragen, wie es eine christliche Pflicht ist.

Wie es eines Christen würdig ist! Mit solchen Trostgründen magt man die ebenfallts unter der Teuerung leidenden katholischen Arbeiter abzuspeisen. Und sie müssen nicht und nehmen ein für allemal eine solche Resolution an. Wahrscheinlich, diese Arbeiter sind zu bedauern. Wir glauben aber kaum, daß sie und ihre Angehörigen von dem Rehbachschen Mittel satt werden.

#### Die Trikolore der Proleten und der Reichen.

Zu unserem Artikel am letzten Freitag unter obiger Ueberschrift schreibt man uns:

m. Das Lahrer Turnfest in seinem glänzenden und harmonischen Verlauf macht heute noch dem bürgerlichen Block schreckliches Kopfschmerz. Ja, es war eine wirkliche Propaganda für die deutsche freie Turnerschaft und zugeständenermaßen auch für die Sozialdemokratie. „Fröhlich und vergnügt, anständig und taftvoll“ das war das Urteil der Lahrer Bevölkerung über das Verhalten der fremden Turner während der beiden Festtage. Wenn nächstes Jahr wieder ein freies Turnfest stattfindet, so freut sich Lahr darauf und wird noch reichlicher die Straßen, das Rathaus und die öffentlichen Gebäude beflaggen. Auch an stadträchtlicher materieller Unterstützung wird nicht fehlen, trotz des warnenden Fingers in Berlin. Bezüglich der blau-weiß-roten Schleifen an den Turnerköpfen sei noch daran erinnert, daß beim letzten Blumenkorso in Baden-Baden die Stadt Baden Masten aufgestellt hatte mit französischen Fahnen und den Buchstaben „R. F.“ (Republique française) und was das schrecklichste ist: Preussische Offiziere sind direkt darunter gesehen auf der Tribüne, ohne sich im geringsten daran zu stören.

Ja noch mehr. Beim Blumenkorso wurden Wagen und Autos mitgeführt, die ganz mit englischen Fahnen drapiert waren und England gehört in neuerer Zeit doch auch zum „Erbsfeind“. Man hat überhaupt anlässlich des Blumenkorses mehr fremde Fahnen, hauptsächlich französische, englische und amerikanische, gesehen wie deutsche bairische. Sogar ein leibhaftiger deutscher Prinz (Der Prinz von Sachsen-Weimar) hat „höchstselbst“ den Corso mitgemacht und von einem künstlichen Elefanten herunter das spalterbildende Publikum mit duftendem Odeur bespritzt. All diese schrecklichen Einzelheiten möchten wir noch nachträglich den konservativen Reichsverbandsblättern „Reichspost“ und „Bad. Warte“ und insbesondere auch der liberalen „Bad. Landeszeitung“ zur geeigneten Kenntnisnahme unterbreiten. Wir sind neugierig, ob diese in ihrem armen Oberflächlichem auch den gleichen Entrüstungskoller auslösen, als die viel harmloseren Einzelheiten vom Lahrer Turnfest.

### Erwerbt das bad. Staatsbürgerrecht!

#### Vom deutschen Parteitag.

Chemnitz, 21. Sept. Der Parteitag wurde heute geschlossen. Die Schlussitzung war fast vollständig der Angelegenheit Hildebrands gewidmet. Hildebrand ist nämlich von der Parteioffiziation in Solingen aus der Partei ausgeschlossen worden. Gegen den Ausschluss hat er nun Beschwerde an den Parteitag eingebracht. Hildebrand ist nämlich wegen eines Buches ausgeschlossen worden („Die Erschütterung der Industrieerschaft und den Industriesozialismus“), das ohne Zweifel eine fleißige, nach wissenschaftlichen Regeln geführte Arbeit ist, nur eben den Fehler hat, daß es mit fundamentalen Anschauungen der Partei vollständig bricht. Die Kommission hat die Beschwerde mit fünf gegen vier Stimmen abgewiesen und sohin die Ausschließung wegen grober Verleumdungen gegen Grundanschauungen der Partei bestätigt; über ihren Beschluß berichtet heute Süßheim (Münster). Hildebrand, führt er aus, feste sich in seinem Bude in Widerspruch zu Grundbänden des Parteiprogramms. Er tritt ein für Vergrößerung der Kolonien, für landwirtschaftliche Schutzzölle, und komme dazu, die militär-imperialistische Politik zu rechtfertigen. Er hält den Klassenkampf für unnötig, und wenn er auch ohne Zweifel ein ehrlicher Mann sei, der die Partei nicht schädigen will, so ist er eben doch kein Sozialdemokrat. Da taugt keine Sentimentalität; die Partei müsse vielmehr die Konsequenzen ziehen einen Mann, der von ihren Anschauungen längst abgefallen ist. Für die Minorität der Kommission referierte Müller (München): Man dürfe nicht einzelne Gedanken des Buches herausgreifen, sondern müsse seinen gesamten Inhalt in Betracht ziehen und werten. Das Ausschlussverfahren sei auf persönliche Bestimmungen unter dem Solinger Genosse zurückzuführen. Im übrigen seien Diskussionen über Änderungen des Parteiprogramms nicht verboten. Das ganze Verfahren sei nicht ausreichend vorbereitet gewesen, selbst die Mitglieder der Beschwerdekommision hätten das Buch nicht gelesen. Hildebrand suchte seine Anschauungen in einer einständigen Rede zu begründen. Er bekannte

sich als „demokratischer Sozialist“, seine Darlegungen in dem Buche gelten weniger für die Gegenwart, als sie sich auf die zukünftige Entwicklung beziehen. Für Hildebrand trat besonders eindringlich Wolfgang Seine ein, der schon in der Presse vor einem Rebergericht und vor einem politischen Tendenzprozess gewarnt hatte. Gradnauer (Dresden) beantragte Vertagung bis zum nächsten Parteitag. Laufenberg (Hamburg) brachte einen Antrag ein, der Hildebrands Anschauungen zurückweist, die Verantwortung für seine Ideen und sein Auftreten ablehnt und im übrigen die Sache damit erledigt erklärt. Aber die große Mehrheit des Parteitages blieb unerbittlich und mit großer Mehrheit wurde gegen die Stimmen der Revisionisten der Ausschluß bestätigt.

Nach dem Berichte Moskuburs wurde beschlossen, sich dem Antrag der holländischen Partei anzuschließen, wonach der nächste Internationale Kongress in Wien erst im Jahre 1914 stattfinden soll. Die Holländer haben den Antrag beim Internationalen Bureau bereits eingebracht und begründen ihn damit, daß im Jahre 1914 fünfundsiebenzig Jahre seit der Gründung der Internationale verstrichen sein werden, der Wiener Kongress also ein Jubiläumskongress werden soll. Ueberdies fällt für die Deutschen ins Gewicht, daß nächstes Jahr die preussischen Landtagswahlen stattfinden. Weiter wurde beschlossen, auf dem Internationalen Kongress die Frage des Imperialismus zu behandeln.

Die Bestimmung des Dries für den nächstjährigen deutschen Parteitag wurde dem Parteivorstand überlassen. Der Parteivorstand wurde unverändert wiedergewählt. Mit einem schönen Schlusswort, worin er insbesondere auf die unerhörliche Einigkeit der Partei hinweist, schloß Gaafe die fruchtbare und weitwirkende Beratung der deutschen Sozialdemokratie.

### Gewerkschaftliches.

**Erfolgreiche Lohnbewegung der Tabakarbeiter in Orlitz.**  
Nach längeren Verhandlungen des Tabakarbeiterverbandes mit den Inhabern der drei großen Zigarrenfabriken in Görlitz sind für die Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen dieser Firma Lohnstarfe abgeschlossen worden, die ihnen Lohnverbesserungen von durchschnittlich 10-16 Proz. bringen. Diese Erfolge sind dem guten Organisationsverhältnis unter den Tabakarbeitern und -Arbeiterinnen zu verdanken. Sind doch von den an der Lohnbewegung beteiligten 680 Personen 801 Mitglieder des deutschen Tabakarbeiterverbandes. Die Verhandlungen zogen sich deswegen in die Länge, weil die Firmen in der Umgebung von Görlitz Filialbetriebe unterhalten. Bemerkenswert ist, daß in einem Betriebe die Sortiererinnen und die Rippenmacher leer ausgehen, weil sie nicht organisiert waren.

### Kommunalpolitik.

**Bulach, 22. Sept. Gemeindevahl.** Bei der gestern stattgehabten Gemeindevahl erhielt die Sozialdemokratie ein Sitz auf 6 und zwei Sitze auf drei Jahre. Das Zentrum einen Sitz auf 6 Jahre, während es in der Wahl auf 3 Jahre leer ausging; die fortschrittliche Volkspartei erhielt je einen Sitz auf 6 und 3 Jahre. Bei der Wahl auf 6 Jahre fehlte es an 2 Stimmen und die Sozialdemokratie hätte den vierten Sitz erhalten. Von 377 Wahlberechtigten stimmten 342 ab. Die Sozialdemokratie erhielt 155 Stimmen auf 6 und 156 auf 3 Jahre, Zentrum 79 auf 6 und 72 auf 3 Jahre, fortschrittliche Volkspartei 97 auf 6 und 104 Stimmen auf 3 Jahre.

**Furtwangen, 20. Sept. Der Bürgerausschuß** hat sich in seiner nächsten Sitzung mit der Genehmigung einer Nachforderung für das neueste Volksschulgebäude in Höhe von 18 000 M. zu befassen.

Aue bei Durlach, 19. Sept. Ueber das Ergebnis der Gemeindevahl, die am 10. d. Mts. stattfand, haben wir bereits berichtet. Es dürfte angebracht sein, auch über diese Wahl noch einige Worte zu verlieren. Die Wahlbeteiligung war eine äußerst lebhaft. Von 438 Wahlberechtigten haben 418, das sind 94 Proz., abgestimmt. Auf unsere Liste entfielen je 178 Stimmen auf 6 und 3 Jahre, die Konservativen erhielten 151 bzw. 142 und der Handwerkerverein 70 bzw. 82 Stimmen. Unsere Erwartungen haben sich in Bezug auf die erreichten Sitze im neuen Gemeinderat erfüllt, nicht aber in Bezug auf die Stimmengahl. Bei den im Mai ds. J. stattgefundenen Bürgerausschuwahlen entfielen auf die sozialdemokratische Liste 205 Stimmen. Bei der Gemeindevahl hatten wir also 97 Stimmen weniger, und dies, trotzdem 80 neue Wähler hinzugekommen waren, von denen ein erheblicher Teil unserer Partei zugerechnet werden dürfte. Wo liegen nun die Ursachen unseres Stimmrückganges? Einmal darin, daß man bei Gemeindevahlen nie mit aller Sicherheit auf alle seine Wähler rechnen kann, weil eben Gemeindevahlen viel zu sehr unter dem Gesichtspunkt der Persönlichkeiten geführt werden. Dann aber hatte der Handwerkerverein eine eigene Liste aufgestellt und eine Agitation entfaltet, wie sie eben nur von Leuten geführt werden kann, die nichts mehr im Auge haben, als das Streben, irgend etwas zu werden. Mit großem Pathos wurde die Welt vollposaunt, daß die Geschäftsleute und Handwerker mit ihren Interessen bisher auf dem Rathaus zu kurz gekommen seien. Ja was soll denn? Galtten denn die selbständigen Handwerker nicht eine Vertretung schon bisher im Bürgerausschuß? Wenn sich der Herr bei den meisten Fragen, die die Gemeindebehörde beschäftigen, in dieses Schweigen gehüllt hat, so ist das nicht die Schuld anderer, sondern es beweist eben diese Tatsache, daß man lediglich nur seine Geschäftspolitik, die man aber nicht bei allen Fragen und besonders nicht bei jenen, wo es sich um das Allgemeinwohl der Gemeinde handelt, heraushängen kann, im Auge hat. Was will es da nach diesen gemachten Erfahrungen besagen, wenn der Handwerkerverein am Wahltag noch ein Flugblattchen als Antwort auf unser Flugblatt herausgab, in dem er unsere Behauptung, daß nicht ausschließliche Handwerkerinteressen auf dem Rathaus zu vertreten seien, dadurch zu entkräften suchte, daß er in warmen Tönen erklärte, auch seine Vertreter würden im Gemeinderat jedem fortschrittlichen Antrag zustimmen. Die Zukunft wird es ja lehren; wir wollen hier nur s. B. die Frage der Aufhebung des Schulgeldes anführen, wie hoch die fortschrittliche Meinung dieser Herren zu bewerten ist. Für uns hat die Wahl gezeigt, daß noch viel Aufklärungsarbeit notwendig ist, und daß ganz besonders die politische Organisation geklärt werden muß. Der Wahltag hat unserer Organisation 10 neue Mitglieder gebracht. Wenn die Agitation nach dieser Richtung von jedem Parteigenossen weiterbetrieben wird, wenn neben der Stärkung der politischen Organisation auch unserer Parteipresse, des „Volksefreund“, immer mehr neue Abonnenten zugeführt werden, dann werden wir bei künftigen Wahlen nicht mehr mit so viel unsicheren Kontingenten zu rechnen haben, wie bei der Gemeindevahl. Die Arbeiter werden dann vor allem die Sache über die Person zu stellen wissen.

### Aus dem Lande.

#### Zurlach.

Zu der vorgestern gemeldeten Liebesaffäre teilen die Eltern des 17jährigen Mädchens mit: Es handelt sich in der Angelegenheit nicht um Liebesstummer, sondern um fortgeschrittene Verleumdungen und Schmähungen wegen des jungen Burschen, die jedes Grundes entbehren. Auch ist Selbstmord- und Mordversuch noch nicht festgestellt, da das Mädchen bis jetzt das Bewußtsein noch nicht erlangt hat.

#### Ettlingen.

**Wergelt's Gott!** Der bisherige Redakteur des „Bad. Landmann“, G. Thron, teilte in der Freitag-Nummer des Blattes mit, daß er mit diesem Tage seine Tätigkeit beim „Bad. Landmann“ einstelle, um die Redaktion des „Bamberger Volksblatt“ in Bamberg zu übernehmen. Zum Abschied ruft Herr Thron allen, die ihn während seiner Wirksamkeit in Ettlingen durch Mitarbeit unterstützt haben, ein herzliches „Wergelt's Gott!“ zu.

Herr Thron leistet sich hier zum Abschied noch eine schwere Gotteslästerung. Denn es ist ein geradezu frevelhaftes, sträfliches Verlangen, von Gott eine Belohnung zu erbitten für die Mitarbeit derjenigen, die gemeinsam mit Herrn Thron dazu beigetragen haben, aus dem einst eine nicht unbedeutende Rolle im politischen Leben Badens spielenden „Bad. Landmann“ eines der, was gebührende Bekämpfung der Gegner anbetrifft, am fruchtbarsten arbeitenden und am tiefsten stehenden badischen Zentrumsblätter zu machen. Wenn da Gott belohnen wollte, so wie sie es verdienen! Wehe ihnen! Als milderbeter Umstand mag ihnen und Herrn Thron nur zugewilligt werden, daß der „Bad. Beobachter“ zurzeit um kein Haar besser ist.

#### Baden-Baden.

**Die rote Fahne.** Es ist eine bekannte Tatsache, daß die rote Fahne auf Stiere einen unangenehmen Eindruck macht. Sie unterscheidet dabei nicht, ob die rote Fahne isoliert auftritt, oder in Verbindung mit anderen Farben. Darin ist nun der Mensch dem unvernünftigen Vieh entschieden über und auch ein Hüter des Gesetzes geht achlos vorbei an Fahnen, Bändern usw., die in roter Farbe prangen, wenn diesen noch andere Farben sich zugesellt haben und mögen sie auch noch so disharmonisch zu der herrlichen Farbe des Lebens sich stellen. Anders aber verhält er sich dem reinen, ungemischten Rot gegenüber, besonders bei Fahnen. Das erfuhr auch unser alter Genosse Luz in Baden, der ein großer Freund der Feuerwehrtätigkeit ist, was er auch bei dem Jubiläum der W. Badener Feuerwehr feierlich bezeugen hat. Zu dem Landesfeuerwehrtage beabsichtigte er neben der badischen und der Stadtfahne zur ganz besonderen Ehrung noch eine rote Fahne auszuhängen. Aber er hatte die Forderung ohne den Willen gemacht und seine gute Absicht und Freude daran wurden ihm von der Polizei verweigert und verboten. Nachdem die Fahne vom Samstag Morgen bis gegen Abend ausgehängt war, erschien ein Vertreter der Polizei mit dem kategorischen Befehl, „die rote Fahne muß weg“. Auf Befragen wurde zwar angegeben, daß von Seiten des Publikums bis jetzt keinerlei Klagen über die rote Fahne bei der Fahne eingelaufen seien, aber man befürchte solche bei dem weiteren Verlauf des Festes. Als guter Christ den Spruch beherzigend: „Nebenmann sei untertan der Obrigkeit“, die Gewalt über ihn hat“, fügte Luz sich der polizeilichen Anordnung, beim Schluß der Unterredung seiner Meinung noch Ausdruck gebend, daß das polizeiliche „sofort“ jedenfalls nicht im Sinne des seligen Rittmeisters zu verstehen sei. So sank denn die rote Fahne, nachdem sie einen halben Tag von dem Balkon des Luzischen Hauses Luft geholt und manche Vorübergehende erfreut hatte. Aber mit ihr sanken auch die Landeshähe und die Stadtfahne, natürlich nicht auf Kommando der Polizei, sondern von dem Befehl der roten Fahne dieser als Süßholzwort dargebracht. Als abends der Festtag der W. Badener Feuerwehr an dem illuminierten Luzischen Haus vorbeizog, grüßten viele bekannte Feuerwehrlaute vernünftig unsere am Fenster stehenden Genossen, der mit ganz besonderer Freude die Fahne im Zug bemerkte, denn diese war ja auch rot, so rot, als es eine Fahne ihres Alters überhaupt noch sein konnte!

**Manheim, 20. Sept.** In der Friedhofstraße ereignete sich heute vormittag ein schwerer Unglücksfall. Der Fuhrmann Luz der Dampfzuckerfabrik Gampert in Schifferstadt wollte sein beladenes Fuhrwerk, das mit dem einen hinteren Rad in den weichen Boden eingesunken war mit einer Winde in die Höhe bringen. Dabei neigte sich der Wagen plötzlich zur Seite und brach die Luft gegen einen Baum. Der Fuhrmann erlitt dadurch eine so schwere Kopfverletzung, daß er nach wenigen Augenblicken starb.

**Wahl, 20. Sept.** Die 9 Jahre alte Tochter des Maurers Aist geriet gestern unter ein mit Öl beladenes Fuhrwerk. Das Mädchen saß auf der Deichsel eines angehängten Wagens; es sprang plötzlich ab, kam dabei zu Fall und geriet unter die Räder. Es trug schwere Verletzungen davon.

**Rehl, 20. Sept.** Gestern abend wurde das Fuhrwerk des Sodawasserhändlers Geller aus Neudorf in der Nähe der Abzweigung der Offenburger Straße von einem Güterzuge der Lokalbahn erfasst, umgeworfen und ein Stück weit geschleift. Weiler, der auf dem Wagen saß, wurde heruntergeschleudert und geriet unter die Räder eines Eisenbahnwagens. Er erlitt dadurch sehr schwere Verletzungen. Man verbrachte ihn in das Bürgerhospital nach Straßburg. Wie verlautet, soll er dort nach einigen Stunden gestorben sein.

**Sachsen, 20. Sept.** Feuer. Im benachbarten Steinach wurde die Filiale der Zigarrenfabrik Krämer hier vollständig eingeschmelt. Die Brandursache ist unbekannt, der Schaden recht erheblich.

### Luftschiffahrt und Flugsport.

**Chemnitz, 21. Sept.** Die beiden Militärflieger, die heute früh vom hiesigen Exerzierplatz aufgestiegen waren, sind bei Falkenberg tödlich verunglückt. Der Motor hatte versagt und der Apparat stürzte zur Erde, wobei er sich dreimal überschlug. Beide Flieger sind tot. Einer kam unter den Apparat zu liegen und war bis zur Unkenntlichkeit verflümmelt. Die Verunglückten sind Oberleutnant Berger und Leutnant Jungans. Berger stand beim 4. und Jungans beim 134. Infanterieregiment.

**Caschina, 21. Sept.** Als das Militärluftschiff „Post“ sich auf einer Fahrt in 250 Meter Höhe befand, stürzte aus unbekannter Ursache Gas aus, sodaß das Luftschiff senkrecht abfiel und in Bäume geriet. Die Gondel zerbrach und die Hülle wurde mehrfach zerrissen. Die Mannschaften wurden beim Sturz auf die Erde leicht verletzt.

**Albine, 21. Sept.** Auf der Rückfahrt vom Manöver stürzte der Fliegerleutnant Congovanne unweit Conroipo mit seinem Bleriotapparat aus 400 Meter Höhe ab und wurde schwer verletzt.

**New York, 21. Sept.** In Ebenandoh (Zowa) stürzte der Flieger Russell Blair aus 300 Fuß Höhe ab und wurde sofort getötet.

### Aus der Stadt.

Karlsruhe, 23. Septbr.

#### Die billigen Mittwochskonzerte.

Die dieses Jahr versuchsweise im Stadtgarten eingeführt worden waren, in der letzten Zeit aber des ungünstigen Wetters wegen in der Festhalle stattfanden, sollen, wie der Stadtrat berichtet, mittelt, sofern dies die Witterung gestattet, im Stadtgarten fortgesetzt, dagegen vorerst nicht mehr, da sie schlecht besucht gewesen, in der Festhalle abgehalten werden.

Wir müssen diesen Beschluß bedauern. In unserm Bericht über das letzte Konzert wiesen wir schon darauf hin, daß der Besuch sich langsam gehoben habe, am letzten Mittwoch war schon eine ganz annehmbare Besucherzahl zu verzeichnen. Zum mindesten hätte man versuchen sollen, im Oktober die Konzerte nochmals durchzuführen und vielleicht auch mal einen Versuch mit Streichmusik zu machen. Es waren am Mittwoch einige hundert Personen erschienen, die sicher diesen Beschluß des Stadtrats sehr bedauern werden, denn wir sind überzeugt, der größte Teil wäre wiedergekommen. Nicht unerwähnt möchten wir auch lassen, daß der hohe Bierpreis allgemein kritisiert wurde. 10 Pf. Eintritt und 16 Pf. ein Gläschen Bier. Das ist doch ein Widerspruch, wie er größer gar nicht denkbar ist.

#### Zur Fleischsteuerung.

Der Oberbürgermeister berichtete in der letzten Stadtratsitzung über die Verhandlungen und Beschlüsse der Konferenz der Oberbürgermeister der Städteordnungsstädte vom 16. d. M. in Sachen der Fleischsteuerung. Danach wurde beschlossen, die sofortige Einberufung des deutschen Städtetags behufs Herbeiführung eines gemeinsamen Vorgehens der deutschen Städte in dieser für sie hochwichtigen Sache telegraphisch zu beantragen. Weiter wurde beschlossen, dem Herrn Minister des Innern durch eine Abordnung der Städteordnungsstädte die schon früher von ihnen geltend gemachten Anliegen wegen Ermöglichung der Einfuhr von gefrorenem und gekühltem Fleisch aus dem Auslande, aber auch von ausländischem, insbesondere argentinischem Schlachttvieh unter der Bedingung sofortiger Abschichtung in öffentlichen Schlachthäusern und wegen zeitweiser Aufhebung der Einfuhrzölle auf Futtermittel mit der Bitte um Befürwortung bei der Reichsregierung erneut vorzutragen zu lassen und dabei auch die Aufhebung der badischen Fleischsteuerung. Endlich hat die Oberbürgermeisterkonferenz den Städten empfohlen, die Frage der Errichtung eigener Schweinemästereien zu prüfen. Der Stadtrat erklärte sich mit diesen Maßnahmen einverstanden und beschließt, zum Zweck der Prüfung, welche weiteren Maßnahmen durch die Stadt ergriffen werden sollen, wobei insbesondere der Bezug von frischem Fleisch aus dem Auslande und der Bezug von gefrorenem Hammeln auf Kosten der Stadt in Betracht käme, eine Kommission einzusetzen, der auch Vertreter des Metzgergewerbes angehören. Sierwegen sind übrigens bereits Verhandlungen mit anderen Städten und Lieferanten eingeleitet. Die Freie Metzgerinnung hat sich bereit erklärt, sobald die Einfuhr von Gefrierfleisch in hiesige Stadt zugelassen wird, solches in größeren Mengen (waggonweise) zu beziehen und an verchiedenen Stellen der Stadt zu verkaufen und bei der Festsetzung des Verkaufspreises der Stadtverwaltung eine Kontrolle einzuräumen, falls ihr die erforderlichen Räumlichkeiten im städtischen Schlachthaus zur Verfügung gestellt werden. Hierüber wird die Schlachthofdirektion gehört. Schließlich beauftragte der Stadtrat die Schlachthofdirektion mit der Ausarbeitung von Vorschlägen über die Einrichtung einer städtischen Schweinezucht- und Mastanstalt unter Verwendung der Gebäude der früheren chemischen Fabrik bei Müppurr.

Der stellvertretende Vorsitzende des deutschen Städtetages hat unterm 12. d. M. an die Reichsregierung die Anfrage gerichtet, ob und in welchem Maße sie geneigt ist, den Anträgen des deutschen Städtetages vom 19. September v. J. wegen Erleichterung der Einfuhr von lebendem Vieh, Befestigung der Zölle auf Futtermittel und zeitweiser Ermäßigung oder Aufhebung der Viehzölle nunmehr zu entsprechen.

#### Die Herbstfeier des Bildungsausschusses

am Samstag abend nahm einen trefflichen, eindrucksvollen Verlauf. Der Versuch muß als ein sehr guter bezeichnet werden, es waren an 2000 Genossen und Genossinnen erschienen. Dieser erste Versuch des Bildungsausschusses, für wenig Geld der Arbeiterchaft etwas wirklich künstlerisches zu bieten, kann als vollauf gelungen bezeichnet werden. Vereinzelt hatten sich die Arbeitergesangsvereine und die Turner in den Dienst der Sache gestellt. Wir hoffen, daß das auch weiterhin so sein wird, wenn auch manche Sänger in vereinsmeyerischer Kurzsichtigkeit es für nötig halten, an der Arbeit des Bildungsausschusses herumzudüngeln. Wir meinen: die Arbeit des Bildungsausschusses wird einzig und allein nur im Interesse der Partei und der gesamten politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft vollbracht. Da sollte jedes Sonderinteresse zurücktreten. Den Sangesgenossen, die in Erkenntnis dieser als selbstverständlich zu betrachtenden Tatsachen, gern und freudig das Musikpodium betreten, sei herzlich gedankt. Wir werden über die Leistungen der Sänger, sowie der beiden mitwirkenden Künstlerinnen, Fräulein Elisabeth Moritz (Klavier) und Fräulein Hildegard Schumacher (Gesang) morgen von unserm Musikreferenten berichten lassen. Wir möchten nur noch besonders lobend die Darbietungen unserer freien Turner erwähnen. Eine stattliche Schar von Böglingen eröffneten den Reigen der Vorstellungen. Die von ihnen gezeigten Freiübungen machten einen vorzüglichen Eindruck, sie gelangten tadellos. Man sah: da wird gearbeitet, nur für die Turnsache, vom ersten Tage des Eintritts des jungen Arbeiters in den Arbeiterturnverein an. Die Stabübungen der Damerriege zeigten, daß unsere freie Turnerschaft sich auch auf dem Gebiete des Damenturnens sehen lassen kann. Es waren meist schwierige Stabübungen, die aber dennoch sehr exakt und sauber ausgeführt wurden. Die Musterriege stellte Barzenpyramiden, die allgemeine Bewunderung fanden, man kann

diese schönen Leistungen mit zu dem Besten rechnen, was an dem Abend geboten wurde. Der Vorsitzende des Bildungsausschusses Gen. Kullmann legte in längeren Ausführungen die Ziele und den Zweck des Bildungsausschusses dar.

Es wird nun Aufgabe der Arbeiterchaft sein, nachdem sie an dieser ersten größeren Veranstaltung gesehen, was der Bildungsausschuss will, nachdem sie durch den reichen Beifall noch fast jedem Programmstück zu erkennen gegeben, daß sie mit dem Gebotenen zufrieden ist, dem Ausschuss auch weiterhin ihre Unterstützung zu leisten, damit es diesem immer mehr möglich ist, das gesetzte Ziel, der Zentralpunkt aller Bildungsanstaltungen und Bestrebungen der organisierten Arbeiterchaft zu werden, zu erreichen.

#### Bürgerausschuß-Sitzung

vom 20. September.

(Schluß)

Die Vorlage 8 betrifft die

#### Erweiterung des Wasserrohrnetzes.

Der Bürgerausschuß soll seine Zustimmung dazu erteilen, daß mit einem aus Anliehensmitteln zu bestreitenden Aufwand von 110 000 M. für die städtische Wasserleitung ein Druckrohr von 500 mm Lichter Weite vom Wasserwerk durch die Straße südlich des Rangierbahnhofes und die Ettlingerstraße bis zur Nebenstraße hergestellt und der dafür aufzuwendende Betrag mit 2 Proz. jährlich amortisiert wird.

Der Wasserbedarf der Stadt Karlsruhe hat sich in jüngster Zeit derart gesteigert, daß die vorhandenen Zuleitungsrohre dem Bedürfnis nicht mehr vollauf genügen; die Folge davon ist in Zeiten erhöhten Wasserbedarfs nicht allein eine erhebliche Druckerminderung, sondern auch eine durch die erhöhte Wassergeschwindigkeit in den Hauptleitungen verursachte Trübung des Wassers. Traten diese Mängel schon in diesem Sommer unliebsam in die Erscheinung, so ist angesichts des stetig wachsenden Wasserbedarfs und der für das nächste Jahr in Aussicht stehenden Durchführung der Schwemmanalysen damit zu rechnen, daß sie künftig in verstärktem Maße hervortreten und zu erheblichen Ungenügensheiten führen würden, falls nicht ungeeignet Abhilfe geschaffen wird. Dies soll durch den Bau einer neuen Druckrohrleitung nach den Vorschlägen der Direktion der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke geschehen.

Die Vorlage fand einstimmige Annahme.

Eine

#### Erweiterung des Gaswerkes

wird bei Position 4 verlangt, und zwar dahingehend, daß der Bürgerausschuß Zustimmung erteilt, daß

1. im Gaswerk II folgende Arbeiten ausgeführt werden:
  - a. Erstellung eines neuen Gasbehälters von 40 000 cbm Inhalt für 450 000 M.,
  - b. Errichtung eines Materialschuppens für 16 000 M.,
  - c. Erstellung einer Bade- und Abortanlage für die Arbeiter des Gaswerkes für 20 000 M.;
2. der erforderliche Aufwand von insgesamt 486 000 M. aus Anliehensmitteln bestritten und der Aufwand für den Gasbehälter innerhalb 30 Jahren, der übrige Aufwand innerhalb 25 Jahren nach den bestehenden Grundsätzen amortisiert;
3. dieser Kredit bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1914 offen gehalten wird.

Die Entwicklung des Gasverbrauches läßt es dringend geboten erscheinen, einen Gasbehälter bis zu Beginn des Winteres 1913/14 betriebsfertig herzustellen. Die Bauzeit für den Behälter beträgt etwa ein Jahr; deshalb ist, um die Arbeiten noch rechtzeitig vergeben zu können, eine allzeitige Beschaffung erforderlich.

Es hat sich ferner das Bedürfnis nach Erstellung eines Materialschuppens ergeben, der zur Aufnahme der bisher im Generator Keller des Motortenhauses in unzugänglicher Weise untergebrachten Ofenbaumaterialien und Baugeräte dienen soll. Auch erscheint es dringend erwünscht, daß den gegenwärtigen mangelhaften Verhältnissen in bezug auf Bade- und Aborträume durch Erstellung einer den heutigen Anforderungen entsprechenden Bade- und Abortanlage abgeholfen wird.

Stadtv. Kiefer (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion stimmt zu, aber sie wünscht, daß die Wohnfreizeiteinrichtungen sich nicht in Aborten und Klosets erschöpfen.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Für einen

#### Lagerplatz des Tiefbaubetriebes

südlich der Bahnhofsstraße-Graben und südlich der Duracherallee werden 35 000 M. angefordert, welche aus Anliehensmitteln bestritten werden sollen.

Die Vorlage fand einstimmige Annahme.

Der 6. Punkt der Tagesordnung betrifft die

#### Aufschaffung eines Straßenbahnpostwagens.

Es wird verlangt, daß

1. mit einem aus Anliehensmitteln zu bestreitenden Aufwand von 42 600 M. zwei Straßenbahnpostwagen beschafft und die Gleis- und Stromzuführungsanlagen hergestellt werden,
2. der Aufwand für die Beschaffung der Straßenbahnpostwagen mit 24 000 M. innerhalb 15 Jahren und der restliche Aufwand mit 18 600 M. innerhalb 12 Jahren nach den bestehenden Grundsätzen amortisiert und
3. der angeforderte Kredit bis zum Rechnungsschluß 1914 offengehalten wird.

Zur Sache sprechen die Stadtv. Trenkle, Stum und antwortend der Straßenbahndirektor. Weiter sprachen dann noch Dr. Hecht, Krüger, Böhm und Schulz. Letzterer betonte noch ausdrücklich die Zustimmung der sozialdem. Fraktion.

Die Fortschrittspartei und das Zentrum verlangten Vertagung des städtischen Antrages, die Mehrheit lehnte das ab und so wurde mit Mehrheit die Vorlage angenommen.

Den letzten Punkt bildete die Vertagung der städt. Rechnungen für 1911.

Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

#### Aus der Sitzung des Gewerbegerichts

vom 18. September.

Der Schneidergeselle W. klagte gegen den Schneidermeister B. auf Herauszahlung eines Lohnes von 14 M., abzüglich 6 M. Vorlohn. Der Arbeiter hat beim Eintritt seinen bestimmten Lohn ausgemacht, es wurde ihm nur von dem Meister gesagt, daß er höchstens 7-8 M. eben, auch mehr verdienen könnte. Kündigungsfreit wurde ausgeschlossen. Nach zwölfstündiger Arbeit entließ ihn der Meister, weil er mit dessen Leistungen nicht zufrieden war; an Lohn hatte W. nur 9 M. vorzuschüssig erhalten. Der Meister glaubte, sich damit zufriedig zu haben, das Gericht erkannte jedoch, daß noch 6 M. nachzuzahlen sind. Es ist immer empfehlenswert, beim Arbeitsantritt einen bestimmten Lohn auszumachen.

Dem Droßkutscher S. gefiel es bei seinem Unruhrnehmen nicht, weshalb er seinem Arbeitgeber nach wenigen Tagen Arbeit sagte, er möge sich gelegentlich nach einem anderen Ausfuhrer umsehen. Als Grund hierzu gibt S. an, daß all die Fuhrer, bei welchen Trinkgeld zu erwarten war, von dem Unternehmer oder seinem Sohne ausgeführt wurden, während ihm nur die Arbeit übrig blieb, und mit 20 M. Monatslohn konnte

er unmöglich auskommen. Es entstanden dieserhalb Differenzen und nach 15tägiger Beschäftigung erklärte der Fuhrunternehmer dem Arbeiter, er möge sich dünne machen und sich eine Stelle suchen, wo er Koteletts und Beefsteaks bekomme. Der Arbeiter verließ die Arbeit und verlangte nun 27 M. Lohn und Entschädigung. (Für die 15 Tage, welche er arbeitete, hat er den bedungenen Lohn erhalten.) Das Verlangen des Kutschers ist nicht recht zu begründen, zumal er nur eine Woche arbeitslos war. Das Gericht verurteilte den Unternehmer, noch 10 M. weiter zu bezahlen. Vorteilhafter für den Kutscher wäre es gewesen, wenn er dem Fuhrunternehmer auf Herauszahlung des sechsfachen ortsüblichen Tagelohns verklagt hätte.

Ein Teilerfolg erging in der Klagefahse der Maschinenführerin B. gegen A., Korsettgeschäft. Die Klägerin wurde mit einem Lohnversprechen von 14—18 M. (14tägig) eingestellt und nach Differenzen mit der Vorarbeiterin nach zweiseitiger Arbeit entlassen; sie verlangt jetzt 20 M. Entschädigung, den Lohn für die zwei Tage, während welchen sie arbeitete, nahm sie nicht an, auch unterrichtete sie nicht das ihr vorgelegte Formular, wonach sie keinen Anspruch auf weitere Forderungen habe. (Derartige Formulare sollte überhaupt kein Arbeiter und keine Arbeiterin unterschreiben.) Das Gericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung der verdienten 4,50 M., (deren Annahme von der Klägerin bekanntlich zurückgewiesen wurde) und beschloß, im übrigen Beweise erheben zu lassen.

Ein bekannter Gast vor dem Gewerbegericht ist die Buchdruckerei „Künstlerbund“. Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen sind es, welche die Direktion veranlassen, Gerichtshilfe in Anspruch zu nehmen. Im vorliegenden Falle hatte es eine Hilfsarbeiterin, welcher das gesundheitschädliche Bronzieren und offenbar auch die Behandlungsart der Vorarbeiterin nicht gefiel, vorgezogen, ohne Einhaltung der Kündigungsfrist die Arbeit zu verlassen. Sie arbeitet bereits wieder anderswo. Nun klagte der „Künstlerbund“ mit Vertragsverletzung, event. 10 M. Entschädigung. Das Gericht mußte unter den gegebenen Umständen die Beflagte zur Zahlung von 10 M. Schadenersatz verurteilen. Und nun erhält der „arme“ „Künstlerbund“ von der „reichen“ Arbeiterin 10 M. Unterstützung.

**Erwerb des badischen Staatsbürgerrechts.**

Die schriftlichen Arbeiten werden für Karlsruhe und Umgebung unentgeltlich und bereitwilligst an folgenden Stellen erledigt, woselbst auch über diesbezügliche Fragen mündliche Auskunft erteilt wird:

- Alt- und Oststadt:** Abele, August, Degenfeldstr. 3, III. Metallarbeiter-Verbandsbureau, Markgrafenstraße. — B. Fiedler, Sternbergstraße 11.
- Sübstadt:** Parteisekretariat, Bahnhofstraße. Arbeitersekretariat, Ecke Wilhelm- und Luisenstraße.
- Mittel- und Weststadt:** Lang, Herrenstr. 60, Hh. III. B. Hüfner, Poststr. 20, V.
- Mühlburg:** F. Löber, Karl, Bachstraße 58, III.

Dem Verein gegen Haus- und Straßennetze wurden im Monat August an durchreisende Handwerksburschen 671 Unterstützungen verabreicht.

**Ein Wettbewerb.** Für die Bebauung des mit Eröffnung des neuen Bahnhofs im Herbst 1913 freizubehaltenen alten Bahnhofgeländes und des Geländes des Festplatzes hatte bekanntlich der hochbautechnische Referent des Finanzministeriums Moser einen Plan ausgearbeitet und der Öffentlichkeit unterbreitet, der jedoch in manchen Punkten eine scharfe Kritik erfuhr. Schließlich wurde das Verlangen nach einem allgemeinen Wettbewerb immer dringlicher und u. a. auch im Bürgerausschuß energisch vertreten. Der Stadtrat hat nun im Einvernehmen mit den beteiligten Staatsbehörden und nach Anhörung des künstlerischen Beirats für die Stadterweiterung beschlossen, zur Gewinnung von weiteren Entwürfen für die Bebauung des alten Bahnhofgeländes und des Festplatzes einen Wettbewerb unter den hiesigen Architekten und Ingenieuren auszuschreiben. Für die besten Entwürfe sind Preise in Höhe von rund 3000, 2000 und 1000 M. ausgesetzt worden.

Das hätte man schon lange machen sollen. Bei dem Tempo, mit dem zurzeit diese Angelegenheit betrieben wird, ist es einfach ausgeschlossen, daß bis zum Jubiläumjahr die Bebauung der betr. Gelände vollendet ist. Es wird dann einen erhebenden Eindruck für die hierher kommenden Gäste sein, wenn sie beim Herauskommen aus dem Bahnhof einen Gerüstwald, Sandhaufen usw. als erstes Straßenbild Karlsruhes aufnehmen müssen.

**Besuch aus Antwerpen.** Eine Kommission des Ministeriums für öffentliche Arbeiten in Belgien, die sich mit Studien für die Bebauung des geschleiften Festungsgeländes von Antwerpen beschäftigt und zurzeit eine Informationsreise durch größere Städte macht, hat letzten Mittwoch auch unsere Stadt besucht, um ihre Anlage und ihre Bauweise kennen zu lernen. Die Herren, acht an der Zahl, fanden sich um 1/3 Uhr im großen Rathsaussaal ein, wo ihnen Herr 1. Bürgermeister Dr. Paul einen durch zahlreiche Pläne, Zeichnungen und Modelle erläuterten Vortrag über die bauliche Entwicklung der Stadt hielt. An ihn reihte sich eine Besichtigung der Stadt vom Turme des Rathauses aus und — unter der Führung des Herrn Bürgermeisters Dr. Klein Schmidt — eine Rundfahrt durch die Mittelstadt, Weststadt und den Hardtwaldteil. Die Mitglieder der Kommission sprachen sich über die weiträumige Bebauung der Stadt, die zahlreichen Plätze und öffentlichen Anlagen, insbesondere

auch über den Stadtgarten, sehr lobend aus. Um 7 Uhr reiste die Kommission nach Straßburg i. El. weiter.

**Der Karlsruher Luftfahrverein** beabsichtigt einen eigenen Freiballon anzuschaffen und sucht beim Stadtrat um Ueberlassung eines Raumes im Wehudenmagazin zur Aufbewahrung des Ballons nach. Der Stadtrat will vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses einen Ausbau an das Wehudenmagazin mit einem Kostenaufwand von 4000 M. errichten und diesen gegen entsprechende Miete dem Verein zu dem genannten Zwecke zur Verfügung stellen.

**Falsche Markküde** zirkulieren in einigen Städten. Die Falsifikate sind daran erkenntlich, daß sie aus einer Bleilegierung angefertigt sind, sich daher fettig anfühlen und einen dunklen Klang haben. Die Prägung ist sehr mangelhaft und hebt sich wenig hervor, auch die Randzeichnung ist schlecht.

**Ein Automaten Dieb.** In den Besitz von Schokoladentafeln setzte sich ein Unbekannter, der in der Nacht zum 21. d. M. den am Mühlburgerer-Bahnhof angebrachten Automaten aufbrach und plünderte.

**Wegen Logisbetrugs** wurde ein lediger Schloffer aus Dettingheim festgenommen. — Weiter wurde festgenommen ein Wädertgehilfe aus Ottenhöfen, den das Amtsgericht in Pforzheim wegen Betrugs im Rückfall verurteilt.

**Durchgegangenes Pferd.** Am 21. d. M., kurz vor 8 Uhr, ging in der Büchlinstraße das vor einem Wagen gespannte Pferd einer hiesigen Exprefgautbefährtin durch, während der Fuhrmann zur Justellung eines Exprefgautstüdes sich vom Fuhrwerk entfernte hatte. Das Pferd lief durch die Klamprecht- und Gutschstraße nach dem Weierthimer Bahnhöfberg, wo der Vorbesitzer beschädigt wurde, dem Tiergartenweg entlang nach dem Sellenwäldchen. Hier konnte das Pferd durch Passanten aufgehalten werden. Im Tiergartenweg wurde eine Straßenlaterne angefahren und beschädigt und im Sellenwäldchen die Rafenumfassung auf einer Strecke von ca. 50 Meter losgerissen.

**Unfälle.** Verfloffene Nacht wurde um halb 1 Uhr ein lediger Schieferbeder in der Durlacherstraße von einem epileptischen Anfall betroffen. Auf der Polizeiwache am Durlacher Tor, wo ihn der Erkrankte von zwei Schulreuten gebracht worden war, erholte er sich bald wieder so weit, daß er allein nach Hause gehen konnte. — Am 21. d. M., abends 11 Uhr fiel der 24-jährige Fuhrmann einer Brauerei in der Kriegstraße, als er von Ettingen kommend bei der Durchfahrt durch Pulach auf sein Vierfuhrwerk aufsteigen wollte, insofern eines Fehltritts wieder herunter, wobei ihm das Fuhrwerk über den linken Arm ging. Durch das Schreien des Verunglückten wurden die Pferde scheu und gingen durch, kamen aber ohne weiteren Schaden anzurichten allein in die Brauerei zurück. Dem Verunglückten wurde durch einen herbeigerufenen Arzt auf der Polizeiwache in Weierthim ein Notverband angelegt. Darauf wurde er mittels des Krankenautos in das städtische Krankenhaus überführt.

**Vergnügungen und Unterhaltungen.**

**Fußballsport.** Ein recht interessantes Spiel bot das Treffen des Karlsruher Fußballvereins mit den bekannten Stuttgarter Kickers. Dasselbe endete mit 1:0 Toren zugunsten der Karlsruher Mannschaft, die sich in ihrer neuen Aufstellung teilweise recht gut bewährte. Die Kickers hatten im großen und ganzen etwas mehr vom Spiel, doch ließen sie vor dem Tore die schönsten Gelegenheiten unausgenutzt. Auch waren sie reichlich vom Foch verfolgt. — Die Pforzheimer holten sich gegen Freiburg eine Niederlage von 1:2 Toren. — Phönix ließ sich vom Verein für Bewegungsspiele in Stuttgart mit 3:1 Toren schlagen und Union besiegte den Lokalrivalen Sportsfreunde mit 1:0 Toren.

**An unsere Filial-Inhaber.**

Diejenigen, die den „Volksfreund“ durch sogen. Postüberweisung erhalten, ersuchen wir dringend, bis spätestens am 26. September, sofern sie nicht die feststehende Abonnementzahl mitteilen können, uns wenigstens die vorläufige Zahl anzugeben.

Im andern Falle ist eine pünktliche Zustellung am 1. Oktober nicht gesichert.

Verlag des „Volksfreund“.

**Die Post-Abonnenten**

machen wir darauf aufmerksam, ihr Abonnement beim Briefträger oder dem Postamt baldigst zu erneuern, damit beim bevorstehenden Quartalswechsel keine Unterbrechung in der Zustellung der Zeitung eintritt.

**Neues vom Tage.**

**Millionenunterschlagung.**

**Hildesheim, 21. Sept.** Zu dem Zusammenbruch der Hildesheimer Kohzuckeragentur Zünke und Giesecke wird noch gemeldet, daß sich die unterschlagene Summe auf mehr als eine Million beläuft. Die Unterschlagungen wurden durch Buchfälschungen verhehelt. Die beiden Inhaber, die, wie bekannt, Selbstmord verübten, hatten sich kurz vorher in eine Lebensversicherung aufnehmen lassen.

**Große Unterschlagungen.**

**Breslau, 20. Sept.** Einer Meldung der „Neustädter Zeitung“ zufolge wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder des Vorshufvereins in Groß-Neundorf, Striegel und Wlasig, verhaftet. Die Verhafteten haben, wie jetzt festgestellt ist, 637 000 M. Genossenschaftsgelder unterschlagen und verpfändert.

**Manöverunfall.**

**Posen, 20. Sept.** Beim Geschützauffahren zur Gefechtsstellung im Mandbergelände bei Nikolaisen stürzte ein Geschütz der 1. Batterie des Feldartillerieregiments Nr. 16 um. Dem Gefreiten Glaz wurde das Rückgrat gebrochen. Er war sofort tot. Dem Kanonier Bey wurde eine Hand abgerissen.

**Großfeuer.**

**München, 21. Sept.** In den Lagerräumen der großen Expeditionsfirma A. Wegsch am hiesigen Zentralbahnhof ist heute nacht 11 Uhr ein Großfeuer ausgebrochen. In dem mit Expeditionsutensilien aller Art gefüllten weiten Hallen ist durch das Feuer und Wasser großer, noch nicht übersehbarer Schaden angerichtet worden.

**Unglücksfall.**

**Jansbruck, 21. Sept.** Auf dem Hauptbahnhofe froch gestern ein junger Geizer mit einer elektrischen Lampe unter den Tender seiner Maschine. Dabei kam der Strom der Lampe mit den Eisenteilen der Maschine in Berührung und der Geizer wurde auf der Stelle getötet. Die Lampe hatte 200 Volt.

**Gerüsteinsturz.**

**Paris, 21. Sept.** Aus Carbau (Frankreich) wird gemeldet, daß in einer dortigen Mühle ein Gerüst einstürzte, wobei vier Arbeiter auf der Stelle getötet, fünf andere schwer verletzt wurden.

**Waldbrand.**

**Petersburg, 21. Sept.** Ein riesiger Waldbrand ist in Gouvernemen Perm, längs der sibirischen Bahn und der Grenze zwischen Europa und Asien im mongolischen Teile des Tschuroworaja ausgebrochen. Gestern umgingelte das Feuer die Station und das Dorf Wasfaja. Unter den Bewohnern brach eine Panik aus. 20 Bauern sollen im Feuer umgekommen sein. Bei Tschuroworaja griff der Brand auf eine Kohlengrube einer französischen Gesellschaft über. Tausend Arbeiter sind mit dem Schutz der Kohlengrube beschäftigt.

**Letzte Nachrichten.**

**Zur fleischsteuerung.**

**Gotha, 21. Sept.** Der Stadtrat von Gotha hatte sich an die Regierung des Herzogtums gewandt mit der Bitte, Maßnahmen für die Aufhebung der Einfuhrzölle auf Fleisch und Vieh zu treffen. Darauf ist dem Stadtrat jetzt von der Regierung der Bescheid geworden, daß die Staatskasse bei der Einfuhr von billigem Fleisch und Vieh für die ärmere Bevölkerung die Einfuhrzölle übernommen habe.

**Luftkrieg.**

**Genf, 21. Sept.** Die interparlamentarische Union besaßte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Frage des Luftkriegs. Ein Antrag des holländischen Staatsministers Veernaert verlangte ein Verbot des Luftkrieges. Hiergegen wandte sich vor allem der französische Senator Destournelles de Constant, der erklärte, jede Nation müsse die Mittel für ihre Sicherheit und Unabhängigkeit frei wählen können. Schließlich wurde jedoch der Antrag Veernaert mit großer Mehrheit angenommen.

**Der Meuterei-Prozeß.**

**Petersburg, 21. Sept.** Das Militärgericht in Turkestan verurteilte 14 Soldaten des 1. und 2. turkestanischen Sappurbataillons wegen Aufreizung zur Revolte zum Tode durch den Strang, 112 zum Verlust aller Rechte und zu Zwangsarbeit in den Bergwerken, davon 18 lebenslanglich, 14 Soldaten zur Einreihung in die Arrestanten-Kompagnie auf 1 bis 3 Jahre.

**Wenn Sie dem „Kornfranck“ alle Getreidekaffees gegenüberstellen, so werden Sie bestätigt finden, daß der kräftige und reine Geschmack des „Kornfranck“ unerreichbar ist.**

**Politische Ausschreitungen.**

London, 22. Sept. In Londonderry kam es wieder zu blutigen Ausschreitungen seitens der Ulsterleute und Somerville-Anhänger. Eine Anzahl Unionisten bewarf den Wagen des Führers Carson mit Steinen. Ein Stein ging am Kopfe Carsons vorbei und fiel in seinen Wagen. Die Unionisten stürzten sich dann auf den den Wagen begleitenden Fackelträger, entriß ihm die Fackel. Es kam zu einem Handgemenge, wobei eine Anzahl Personen verletzt wurden. Auch mehrere Schutzleute erlitten Verletzungen. Die umstehende Volksmenge wurde von einer Panik ergriffen, wobei noch weitere leichtere Verwundungen vorfamen. Die Unionisten drangen in die Häuser ihrer Gegner ein und plünderten sie vollständig aus, bis endlich die Polizei so viel Verstärkung erhalten hatte, daß sie dem wüsten Treiben ein Ende bereiten konnte.

**Suffragetten-Kundgebung.**

London, 22. Sept. Als sich gestern Winston Churchill in seinem Heimatort Stanbury befand, um ein von ihm dem Orte geschenktes Fortifikationsinstitut einzuweihen, wurde er trotz aller polizeilichen Vorkehrungen von Suffragetten belästigt. Seitens der Behörden waren die Suffragetten abblendet worden, sich mindestens bei dieser Ge-

legenheit aller Kundgebungen zu enthalten. Die kampflustigen Weiber hielten sich jedoch nicht an dieses Gebot. Sie unterbrachen den Minister fortwährend bei seiner Rede und riefen ihm beleidigende Worte zu. Die empörte Ortsbevölkerung riß den Weibern die Kleider vom Leibe und raufte ihnen ganze Büchel Haare aus. Viele Suffragetten wurden zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. Ein Mann nahm eine der Suffragetten und warf sie einfach über eine Hecke. Auf der andern Seite wurde sie jedoch aufgefangen und so vor schweren Verletzungen behütet. Da die Polizei keine unbefannte Damen mit Hundepfeiffchen oder sonstigen Angriffsgegenständen in die Nähe des Ministers ließ, war eine der Stimmrechtlerinnen auf eine neue Idee gekommen. Sie stand anscheinend mit leeren Händen da. Als sich der Minister jedoch näherte, warf sie ihm plötzlich einen langen Regenwurm ins Gesicht.

**Die türkischen Reformen.**

Konstantinopel, 21. Sept. Die Worte veröffentlicht das Protokoll des Ministerrats betreffend die für sämtliche Provinzen der Türkei beschlossenen Reformen. In dem Mahbata heißt es: Der Minister des Innern hat dem Ministerrat einen Bericht vorgelegt, der auf die bekannnten Erklärungen des russischen Botschafters bezüglich der Lage in Rumelien und die Albanien betreffenden Beschlüsse sowie die Besprechungen des Botschafters in Petersburg,

Turchan-Bascha, mit dem Minister des Innern, Safanow, Bezug nimmt und die Notwendigkeit darlegt, den Provinzbehörden klare Instruktionen zu erteilen, um die Ursachen aus der Welt zu schaffen, die ein gutes Einvernehmen zwischen den verschiedenen Bevölkerungselementen Rumeliens verhindern, Billigkeit in den Beziehungen zwischen der Bevölkerung und den Behörden und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu sichern, sowie schließlich die Beschlüsse betreffend Albanien in der ganzen Türkei nach den lokalen Bedürfnissen durchzuführen. Der Ministerrat nahm auch den dieselbe Frage betreffenden Bericht des Ministers des Innern vom 10. d. M. zur Kenntnis, in dem folgende Maßnahmen empfohlen werden: 1. Fortsetzung der Durchführung der allgemeinen Gesetzgebung, wo eine Gerichtsorganisation besteht. In denjenigen Bijajeten Albanien, wo eine solche Organisation nicht besteht, soll bis zur Einführung solcher Organisationen wegen der Verschiedenheit der Bevölkerung das lokale Gewohnheitsrecht angewendet werden. 2. Das Justizministerium soll diesbezügliche Gesetzentwürfe vorbereiten und dem Parlament vorlegen.

**Wasserstand des Rheins.**

23. September.  
Schutterinsel 2.01 m, gef. 14 cm, Reßl 2.84 m, gef. 11 cm, Maxau 4.63 m, aef. 8 cm, Mannheim 4.07 m, gef. 14 cm.

**Gas- und Strombezug.**

Wir erlauben uns, darauf aufmerksam zu machen, daß es bei der außergewöhnlich großen Zahl von Aufträgen, die bereits auf 1. Okt. (Umzugstermin) bei uns einlaufen, im Interesse einer rechtzeitigen Erledigung derselben dringend geboten erscheint, daß Aufträge auf Aenderung der Gasleitung, Aufstellung, Entfernung oder Uebernahme von Gasmessern, Gasautomaten und Elektrizitätszählern möglichst frühzeitig, spätestens aber 3 Tage vor dem Wohnungswechsel, bei uns eingereicht werden. Aufträge auf Aenderung von elektrischen Installationen (einschließlich Beleuchtungskörpern) wollen möglichst frühzeitig an die für solche Arbeiten zugelassenen Installationsfirmen gerichtet werden.

Auch sollten die Mieter von Wohnungen sich so bald als möglich davon überzeugen, ob in den zu beziehenden Räumen die Gas- und elektrischen Einrichtungen, so getroffen sind, daß der erforderliche Gasmesser, Mängasmesser oder Elektrizitätszähler jederzeit aufgestellt werden kann.

Es kommt sehr häufig vor, daß bei Aufstellung der Gasmesser der Anschluß im Keller fehlt oder nur teilweise fertiggestellt ist, und daß beim Anschluß des Mängasmessers die erforderlichen Träger nebst Brett nicht vorhanden sind. Da diese Arbeiten unabhängig von der Aufstellung der Gasmesser, bezw. Mängasmesser, jetzt schon ausgeführt werden können, empfiehlt es sich, diesbezügliche Aufträge umgehend bei uns einzureichen, damit beim Einzug eine Verzögerung in der Aufstellung der Gasmesser, bezw. Mängasmesser, nicht eintritt. 1728

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

**Leopold Kölsch**

Karlsruhe, Kaisersfr. 211

— Stammhaus gegründet 1844. —

**Trikot-Unterzeuge**

hervorragende Qualitäten

Billige Preise 1725

**Professor Dr. Jägers Normal-Wäsche**

Allein-Verkauf für Karlsruhe  
der Firma Wilhelm Benger Söhne, Stuttgart.

**Ausnahme-Verkauf**

**Schuhwaren.**

Ein großer Posten Schuhwaren (Musterpaare), in allen Größen und Arten, zu denkbar billigsten Preisen.

**Wilhelm Müller,**

Mühlburg, Geibelstraße 4.

Beim Bahnhof. 1811 Kein Laden.

Schubstraße 14, 3. St., ist ein möbl. Zimmer für 3 Personen zu vermieten.

Montag bis Samstag:  
**EXTRA-PREISE**  
für  
Damen-Hüte  
Damen-Ulster  
Damen-Paletot  
Trikotagen.  
Lampen  
und Zubehörteile.  
**Geschw. KNOPF.**  
1948

**Metropol-Theater.**  
Schillerstrasse 22,  
Ecke Goethestrasse.  
Vollständig neu renoviert!  
**Eine Sehenswürdigkeit der Residenz!**  
Nur noch Montag  
und Dienstag  
das glänzende Eröffnungsprogramm  
**Gänselebern**  
werden fortwährend angekauft.  
Adlerstr. 28, Seitenbau, part.,  
gegenüber der Herberge zur  
Heimat. 1928  
**Effet Fische**  
Bei den hohen Fleischpreisen,  
Bereine, Gewerkschaften, Händler  
erhalten Ausnahmepreise. 1958  
Verlangen Sie Offerte von der  
Fischgroßhandlung  
**H. Anghorn, Altonaerbe**

**Erholungsheim der Stadt Karlsruhe**  
in Baden-Baden für erholungsbedürftige, minderbemittelte Frauen und Mädchen von Karlsruhe. Tage 2 M. 50 Pf. pro Tag. Anmeldung bei der  
Direktion des städtischen Krankenhauses. 1988

**Carl König**  
Dentist.  
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.  
Telephon 2451.  
Künstliche Zähne, Plombieren,  
Zahnziehen.

**Getragene Kleider**  
Stiefel, Wäsche, Möbel, Pfandscheine, Gold, Gebisse, zahle der Bahn 20 S bis 1.50.  
**Frau Pfleger**  
Jähringerstraße 33, 3. Stod.

**Wilhelm Schwab**  
Durlacherstraße 85.  
Böhnen- und Kranzhänder sind billig zu verkaufen: Becker, Miltzei, Durlacherstr. 57, 1522

**Gänselebern**  
werden fortwährend angekauft.  
G. Weck, geb. Stürme  
Erbringerstr. 21, 2. St. 16

**Damenrad**, bereits neu, mit  
ist billig abzugeben.  
Leßlingerstr. 20, parterre.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.**  
Eheausgehote vom 18. September: Karl Bruder von Wühl, Bahnarbeiter hier mit Rosa Häfner von Langenbrücken. Theodor Wagner von Gaggenau Bautechniker in Rastatt mit Luise Wödt von Neuwiler. Karl Kallendach von Triberg, Schriftsetzer hier mit Emma Reibholz von Stadelbingen. Wih. Schmid von Bahndrücken, Schneider hier mit Berta Dähler von Oberstheim. Karl Daul von Sufflenheim, Tagelöhner hier mit Pauline Förderer von Niedereschach. Emil Babian von Sandweier, Fabrikarbeiter hier mit Karoline Hauker von Stollhofen. Karl Ruch von Langenau, Kanzleidener hier mit Karoline Schid von Bensberg. Gebhard Müller von Reufetten, Hauptlehrer in Wittelsheim, mit Johanna Spieler von hier. Karl Volk von Vietenheim, Schneider hier mit Luise Hed von Durmersheim. Karl Baum von Hilpertshau, Ref.-Geizer hier, mit Emma Petri von hier.  
Eheschließungen vom 19. September: Aug. Müller von hier, Kaufmann hier, mit Hilda Rutterer von hier. Karl Gutmann von Eberbach, Zeichenlehrer hier, mit Anna Bischoff von Mannheim. Leopold Ruzida von Bulovar, Chemiker hier, mit Anna Hausmann von hier.  
Geburten vom 12. bis 17. September: Karola Thea, v. Sam. Ehrlich, Kaufmann. Karl Erwin Alfons, v. Karl Wüher, Bäckermeister. Gertrud, Luise, v. Leopold Hölzer, Wagenführer. Oskar, v. Emil Gartner, Vierführer. Maria Berta Elisabeth, v. Albert Lauer, Oberber. sor. Berta Anna Maria Luise, Vater Karl Haberstroh, Reiterdar.

**Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.**  
Geburten vom 10.-15. Sept.: Franz Anton, v. Franz Fabry, Fabrikarbeiter. Erna, v. Jakob Höflich, Fabrikarbeiter. Hilda Sophie, v. Ludwig Hoffmann, Vierführer. Leopold August, Vater Leopold Wachsenfelder, Schreiner. Berthold, Vater Adam Martin, Schlosser.  
Eheschließungen vom 14.-17. Sept.: Friedrich Amieriem, Bildhauer von Höchst, Kreisamt Erbach, und Anna Maria Henkenhof von Hohenweikersbach Ludwig Christof Wilhelm Jung, verwitw. Fabrikarbeiter von hier, und Luise Wagner von Grödingen. Karl Vetter, Schreiner von Willstätt, Amt Kehl, und die verwitw. Luise Marquart geb. Gah von Weingarten, Amt Durlach. Wilhelm Hess, Metallschleifer von Kaiserlautern (Pfalz) und Elisabeth Hofferberth, Fabrikarbeiterin, von Haslach (Baden).  
Todesfälle vom 10.-15. Sept.: Luigi Belloni, Erbarbeiter, 51 J. alt. Sophie geb. Schweizer, Witwe des Mechanikers Gustavus Eberle, 68 J. alt. Johann Ernst Grether, Oberlehrer, Chemann, 69 Jahre 9 Monate alt

**Fässer, Kranzhänder**  
groß. Auswahl bill. zu verl.  
Becker, Durlacherstraße 57.

